

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riessa.
Gesamt Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postfachkonto: Dresden 1830
Poststraße Riessa Nr. 22.

Nr. 166.

Mittwoch, 19. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riessaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Beleglohn. Einzelnummer 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 5.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Nachweilungs- und Vermittlungsgehehr 1.50 Mark. Feste Tarife, bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verläßt, durch Abgabe eintragender werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“: — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. G. J. Leitzgräber, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riessa.

Auf Blatt 378 des Handelsregisters, die Kommanditgesellschaft Max Schäfer Ladeunternehmung in den Umschlagplätzen in Riessa vormals Theodor Schäfer betr., ist heute eingetragen worden: Max Konstantin Schäfer ist durch Tod als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden.

Amtsgericht Riessa, den 13. Juli 1922.

Auf Blatt 152 des Handelsregisters, die Riessaer Straßenbahngesellschaft, Aktien-gesellschaft in Riessa betr., ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der General-versammlung vom 24. Mai 1922 hat sich die Gesellschaft aufgelöst. Ihr Vermögen ist als Ganzes an die Stadtgemeinde Riessa übertragen und es ist vereinbart worden, daß eine Liquidation des Vermögens der aufgelösten Gesellschaft nicht stattfinden solle.

Amtsgericht Riessa, den 12. Juli 1922.

Den von den städtischen Kollegien genehmigten II. Nachtrag zu den Vorschriften für das Fremden- und Einwohner-Meldebüro in der Stadt Riessa vom 25. Juli 1906 geben wir nachstehend bekannt.

Der Rat der Stadt Riessa, am 17. Juli 1922.

Fnd.

II. Nachtrag

zu den Vorschriften für das Einwohner- und Fremdenmeldebüro in der Stadt Riessa vom 25. Juli 1906.

In § 2 Absatz 1 Buchstabe f werden die Worte — siehe unter c — gestrichen.

Dem § 4 wird als Absatz 6 folgende Bestimmung angefügt:

(6) Die Erfüllung der polizeilichen Meldepflichten kann auch nach Verjährung der Strafverfolgung wegen unterlassener rechtzeitiger An-, Um- und Abmeldung noch im Verwaltungswege durch Zwangsaufklage erzwungen werden.

Die §§ 15, 16, 17 und 18 werden mit Uberschrift gestrichen.

§ 21 erhält folgende Fassung:

- (1) An Gebühren sind an die Kasse des Einwohnermeldeamts zu entrichten:
2 M. für die Anmeldung eines Ausgewanderten,
1 M. für die Anmeldung eines Wohnungswechsels,
1 M. für jede mündlich und

2 M. für jede schriftlich aus den Meldebüchern erteilte Auskunft.

5 M. für Erstellung einer Aufenthaltbescheinigung.

(2) Gebührenfrei erfolgen die An- und Ummeldungen der zu einem Hausstande gehörenden Kinder unter 14 Jahren, der Siedler und der Fremden, sowie alle Abmeldungen.

(3) In Fällen außerordentlicher Bedürftigkeit kann von Erhebung der vor-genannten Gebühren ganz oder teilweise abgesehen werden.

(4) Steht sich im Laufe der Zeit heraus, daß der Aufenthalt eines Fremden in Riessa als wesentlicher oder dauernder anzusehen ist, so hat er die Anmelde-gebühr nachzutragen.

§ 22 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

(1) Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden, soweit nicht andere Bestimmungen anzuwenden sind, mit Geldstrafe bis zu 1500 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle Haftstrafe bis zu 14 Tagen zu treten hat, bestraft.

Die Bestimmungen unter Ziffer I, II, III und V treten sofort in Kraft. Die Bestimmung unter IV tritt zu gleicher Zeit mit dem I. Nachtrag zum Ortsgesetz vom 17. November 1906, die Einhebung von Gebühren im Meldebüro betr., vom 11. Juli 1922, in Kraft.

Riessa, am 11. Juli 1922.

Der Rat der Stadt Riessa.

L. S. (ges.) Dr. Scheider, Bürgermeister.

Pflichtfeuerwehr betreffend.

Sonnabend, den 22. Juli 1922, abends 7/8 Uhr findet Spritzenprobe statt. Alle feuerwehrpflichtigen Mannschaften (vom 25. bis 32. Lebensjahre) sind zum Erscheinen verpflichtet. Sammelplatz: Spritzenhaus.

W e i d a bei Riessa, am 18. Juli 1922.

Der Gemeindevorstand.

Wirnen-Verpachtung. Sonntag, den 23. Juli, nachm. 3 Uhr, findet im Gasthof Wehltheuer die Verpachtung der Wirnenungung der Gemeinde Wehltheuer statt.

W e h l t h e u e r, den 18. Juli 1922.

Der Gemeindevorstand.

Verliches und Sächliches.

Riessa, den 19. Juli 1922.

Die Hundstage, die seit Sonntag ihre Herrschaft angetreten haben, sind dies Jahr völlig aus der Art gekommen. Nach ihrem am Sonntag mit Regen erfolgter Einzug gab es, mit Ausnahme des schmerzlichen Tages, mit kurzen Unterbrechungen Regen mit empfindlich kalten und heftigen Stürmen, eine Witterung, die zwar nicht im entferntesten an die Hundstage, wohl aber an den Sommer erinnert. Dementsprechende Bilder bot nicht nur die Natur, sondern auch die Menschen tragen Verfassung zur Schau. Und doch wird Sonne so dringend gebauet. Die Gasse steht vor der Tür und die Lehren sollen reifen. Auch der Sturm möchte seine Kraft mähen, damit nicht die schon anlebende Obstzeit in ihrem Bestande allzuviel Schaden leidet.

Turner-Gesellschaft. Auf Antrag des Turnvereins Riessa hatte der Turnrat des Kreises Sachsen der Deutschen Turnerschaft beschlossen, zweien seiner treuesten Mitarbeiter, dem Vorhändler des Turnvereins Riessa, Justizamtman Carl Hugo, und dem Ehrenturner Weiblichmeister Max Müller, in dankbarer Anerkennung ihrer über 40-jährigen erzieherischen Tätigkeit für die deutsche Turnerschaft die Ehrenurkunde des sächsischen Turnkreises zu überreichen. Diese seltene hohe Auszeichnung wurde den beiden Vereinen in der gestern abend in der Elbterrasse stattgefundenen recht gut besuchten Vereins-versammlung ausgedrückt. In längerer Ansprache entwarf der Vereinsturnwart, Oberlehrer Linke, ein Bild der turnerischen Laufbahn beider Jubilare und widmete ihnen herzliche Dankesworte für ihre der Turnerschaft im allgemeinen und dem Turnverein Riessa im besonderen geleistete segensreiche Mitarbeit. Er ermahnte vor allem die Jugend, den selben Männern, die noch heute — als 60-jährige — in körperlicher und geistiger Frische mitten in turnerischen Leben stehen, nachzueifern. Unter herzlicher Begrüßung überreichte der Redner alsdann den beiden Vereinen, die bereits im Besitze des Ehrenbriefes der Deutschen Turnerschaft sind, in die Höhe gehaltene Urkunden. Sichtlich bewegt und hocherfreut über die ihnen so unerwartet erteilte Ehre dankten die beiden Jubilare mit dem Gelächris, sich auch fernerhin nach besten Kräften dem Vereine zu widmen und damit der großen deutschen Turnerschaft zu dienen. Im Verlaufe des Abends wurden den Jubilaren noch von den Leitern der einzelnen Riegen herzliche Glückwünsche überbracht. Bei frühlichem Liederklang, in dessen Mittelpunkt zwei den Vereinen gewidmete humorvolle Vorträge standen, und netter Unterhaltungsmusik, die teils von Mitgliedern der hiesigen Mandolinisten- und Gitarrenvereine, teils von dem Vereinsmusikmeister am Klavier dargeboten wurde, veranlassen die wenigen Stunden all-sehrlich. Die sächliche oder erhebende Feier dürfte sicherlich allen Teilnehmern in bestem Gedächtnis bleiben.

Das Ortskartell Riessa des D. V. B. in Riessa feierte am 15. und 16. d. M. sein 2. Gewerkschaftsfest. Die Festversammlung fand am Sonnabend, den 15., abends 8 Uhr im festlich geschmückten Saale der Elbterrasse statt. Eingeleitet wurde dieser Abend mit dem Lied „Die Heimat von Sibirien“ durch das Doppelquartett des Männergesangsvereins „Erpfaus“ unter Leitung des Lehrers Käpff. Der stellv. Vorsitzende begrüßte die Erschienenen und leitete in seiner Ansprache zum eigentlichen Zweck des Abends, zum Vortrag „Die wirtschaftliche Selbsthilfe der Beamtenschaft“, hinüber. Diesen Vortrag erhaltete der Geschäftsführer des Wirtschaftsschulungsbundes der Landesgruppe Sachsen des D. V. B. Er gab ein Bild bekannt, wie der Wirtschaftsausschuss jetzt arbeitet. Weiter gab er noch den Geschäftsbericht für das Jahr 1921 bekannt, er besprach die vorläufige ungünstige Kartoffelverlosung, daß aber die günstige Melioration, erwähnte auch weiter, daß das hiesige Ortskartell an erster Stelle als Abnehmer steht. Ein zweiter Vortrag über „Güter Markt, ein Wort der Tat“ wurde gehalten.

von Kollege Dreher-Riessa mit dem Motto „Wer seines Zieles klar ist, erreicht, was er erstrebt, und wer ein Ziel errungen, hat nie vergebens gelebt“. Der Dichter soll uns weiter vorwärts helfen, bis wir zum Ziel gelangen und soll uns ein Führer sein und den Weg zeigen. Er fordert fünf Punkte: 1. die Arbeit, 2. Klarheit der Erkenntnis, 3. die Selbstsucht und das Vergessen, 4. die Geduld und 5. der Glaube an den endgültigen Sieg muß die Kampfbereitschaft wachhalten. Am Schluß erkundete noch das Doppelquartett mit einigen schönen Liedern. Sonntag mittag stellte der Festzug auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz und die Beteiligung der Kinder war trotz des ungünstigen Wetters immer noch annähernd 150. Mit Musik marschierte man nach Wauke, wo allabendlich Belustigungen und Ueberrassungen geboten wurden. Abends erhielt jedes Kind ein Geschenk und man trat gegen 8 Uhr den Heimweg an. Ein Tanzabend, gelehrt von Kollegen der Landespolizei, hielt die Anwesenden trotz der tagsüber gedrückten Stimmung noch bis über die Mitternachtsstunde hinaus beisammen.

Dr. Wehnert. Wie die Dresdner Nachrichten melden, ist der Wirkliche Geh. Rat Dr. Wehnert auf seiner Erholungsreise in Norwegen einem Herzschlag erlegen. Dr. Paul Wehnert wurde am 7. Mai 1852 als Sohn des bekannten Begründers des Landwirtschaftlichen Kreditvereins, Oekonomierat Karl Wehnert, auf dem Rittergut Adorf im sächsischen Erzgebirge geboren. 1885 wurde er zum Vorsitzenden des Direktoriums des Landwirtschaftlichen Kreditvereins im Königreich Sachsen und im selben Jahre zum Mitglied der zweiten sächsischen Kammer gewählt. Von 1890—1893 gehörte er dem Reichstag als Mitglied an, 1894 übernahm er den Vorsitz des Landtagsausschusses zur Verwaltung der Staatsschulden im Königreich Sachsen, und von 1899—1909 bekleidete er das Amt eines Präsidenten der zweiten sächsischen Kammer. Seit dem Jahre 1909 war Dr. Wehnert Mitglied der ersten sächsischen Kammer. Er war außerdem seit 1903 Vizepräsident des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Sächsischen Landes-kulturrates, seit 1919 dessen Vorsitzender, ferner Mitglied des Landes-Verwaltungsrates und seit 1885 Direktor des Landwirtschaftlichen Kreditvereins für das Königreich Sachsen. Dr. Wehnert wurde zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel Excellenz ernannt. Die Universitätsstadt Leipzig verlieh ihm die Würde eines Dr. med. h. c. Dr. Wehnert bewohnte sein Rittergut Wieding bei Hermsdorf.

Einführung einer Bauortversicherung. Durch eine von der Brandversicherungskammer geplante Bauortversicherung, die neben der allgemeinen Zwangsversicherung wirken soll, sollen künftig diejenigen Schäden ersetzt werden, die nach den jetzigen Vorschriften nicht in vollem Umlange vergütet werden können. Die Brandversicherungskammer fordert in einer amtlichen Bekanntmachung in Nr. 104 der „Sächsischen Staatszeitung“ zu vorläufigen Anmeldungen für diese neue Versicherung auf. Die dazu nötigen Vordrucke sind bei den Gemeindebehörden zu haben. Die Anmeldung hat mit eingeschriebenem Brief bei der Brandversicherungskammer in Dresden zu erfolgen. Bei der großen Wichtigkeit dieser Angelegenheit für die sächsischen Gebäudebesitzer wird dringend empfohlen, diese Anmeldungen möglichst bald zu bewirken.

Zugleichung der Reichsbahn zu Handelskammerleistungen. Bei den mannigfachen Beziehungen, die Handel und Industrie mit der Deutschen Reichsbahn verbinden, liegt es im Interesse beider Teile, daß Anforderungen und Wünsche der Handelskammer nicht erst durch schriftliche Eingaben zur Kenntnis der Reichsbahnbehörden gelangen. Der Reichsverkehrsminister hat deshalb angeregt, daß die Handelskammer zu ihren Sitzungen (auch Ausschüssen), in denen Fragen der Reichsbahnverkehrs behandelt werden, regelmäßig auch die örtlich zuständigen Reichsbahndirektionen einladen möchte. Er hat die Reichsbahndirektionen angewiesen, daß sie alsdann, soweit als es die Geschäftslage irgend gestattet, zu solchen Sitzungen einen Vertreter abordnet.

Wachung bei Eisenbahnen nach Leipzig. Seit der am 1. Juni d. J. durchgeführten Veränderung der Stationsbezeichnungen „Wagwitz-Bindenaue“ in „Leipzig-Wagwitz“ und „Leipzig-Bindenaue“ in „Leipzig-Bindenaue“ werden infolge solcher Frachtkostenveränderungen seitens der Versender zahlreiche Sendungen nach letzterer Verkehrsstelle abgefertigt, die früher der Güterabfertigung Wagwitz-Bindenaue (jetzt Leipzig-Wagwitz) zugegangen sind. Zur Vermeidung von Unzutrefflichkeiten mit den Empfängern wird den Versendern die besondere Beobachtung dieser Veränderungen empfohlen.

Einheitliche Behördenbezeichnung bei der Reichsbahn. Um die einheitliche Bezeichnung der Behörden und sonstigen Stellen der Reichsbahn unter Hervorhebung der Zugehörigkeit zur Reichsbahn durchzuführen, führen die Eisenbahn-Generaldirektionen und Eisenbahndirektionen nunmehr die Bezeichnung „Reichsbahndirektion“ (abgekürzt R. B. D.) z. B. Reichsbahndirektion Berlin. Die übrigen Stellen (die zentralen Ämter, Betriebsdirektionen, Ämter, Inspektionen usw. und die Dienststellen), bei denen die Zugehörigkeit zur Reichsbahn nicht aus der Bezeichnung hervorgeht, führen vor ihrer bisherigen Bezeichnung die Worte „Deutsche Reichsbahn“, also z. B. Deutsche Reichsbahn, Eisenbahnbetriebsamt 1. Auch die Gebäudeanschriften, Siegel und Stempel werden diese Bezeichnung führen.

Unfere Kohlennot. Das Elektrizitätswerk Obererzgebirg Schwarzenberg i. Sa. schreibt dem „Chem. Tagebl.“: „In Nr. 193 Ihres geschätzten Organs befindet sich ein Artikel „Kohlennot“, in dem hervorgehoben ist, daß englische Kohle in Westfalen und Rheinland verwendet wird. Die Situation ist noch viel trauriger, als Sie ausführen, denn hier im Elektrizitätswerk Obererzgebirg muß englische und sächsische Kohle verwendet werden, da die benachbarten Becken des Sagan-Weißeritz-Kreises nicht die Förderung herausbringen, die zur Verfeuerung der Industrieanlagen erforderlich ist. Die Kohlenverteilungsmöglichkeiten der bevorzugten Unternehmungen, wie Elektrizitätswerke und Gasanstalten, zurzeit nur noch 60 Prozent des ohnehin spärlichen Kontingents bestellern. Nehmen Sie Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Umkehrung aller wirtschaftlichen Verhältnisse schon so weit fortgeschritten ist, daß englische Kohle an deutschen Schächten vorbei bis an das Elektrizitätswerk Obererzgebirg laufen muß, damit die Industrie weiter arbeiten kann und nicht deutsche Arbeiter zu Feiern gezwungen werden! Falls Sie weitere Einzelheiten wünschen, stehen wir Ihnen zur Verfügung.“ Die Tatsache, daß deutsche Betriebe nur noch mit englischer Kohle im Gang gehalten werden können, muß als Notzeichen gewertet werden, das niemand übersehen kann!

Unterbringung von Studenten und Schülern auf dem Lande. Die Vertretung der Studentenenschaft und der Schüler ist an den Landeskulturrat herangetreten, wie im Vorjahr die Unterbringung und Verpflegung von Studenten und Schülern während der großen Ferien auf dem Lande zu vermitteln. Der Landeskulturrat Sachsen bittet, von dieser Gelegenheit, willige und zuverlässige Arbeitskräfte während der Ferien zu erhalten, ausgiebigen Gebrauch zu machen. Anfragen sind an die Geschäftsstelle Dresden, Sidonienstr. 141 zu richten. Der endgültige Vertragsabschluss erfolgt unmittelbar zwischen den Beteiligten und Arbeitsuchenden.

Die 13. vorläufige Verteilung von Reichseinkommensteuern unter die Gemeinden macht jetzt das Finanzministerium bekannt. Der Anteil jeder einzelnen Gemeinde bei dieser Verteilung ist wie folgt berechnet worden: 23 Prozent des Soll der Einkommensteuer-Einkommensteuerliste der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1920 abzüglich der Beträge, die auf die Gemeinde bei den bisherigen vorläufigen Verteilungen auf den Einkommen-Steueranteil für das Rechnungsjahr 1920 bereits entfallen sind, d. h. also abzüglich 113 Prozent des vorläufigen Rückzahlungsanteils, da auf jede Gemeinde

Für das Rechnungsjahr 1920 als Anteil bisher 113 Prozent des vorläufigen Mindestanteiles entfallen sind.

Sächsischer Verband selbständ. Meißner Schmiede- und Instrumentenmachermeister (Ziv. Leipzig). Aus allen Gauen unseres Sachslandes waren die Kollegen zu dem vom 1.-3. Juli in Bautzen tagenden Verbandstag zahlreich herbeigeeilt. Am Sonntag fanden Vorstandssitzungen, am Montag Verbindungs- und am Montag Generalversammlung der Einheitsgenossenschaft statt. — Nach Erledigung interner Angelegenheiten begann die Aussprache über die gesamte wirtschaftliche Lage: Lohn-, Gehalts- und Lehrlingsfragen, Preissturz für Schleiße- und Reparaturarbeiten. — Abschließend erfolgte die Wahl der Delegierten zum Zentral-Verbandstag, weiter die Neu- bzw. Wiederwahl des Gesamtvorstandes und der Kassenspreiser. Als Ort des nächstjährigen Verbandstages wurde Meissen bestimmt. Die Bauhener Kollegen nebst ihren Damen hatten verschiedene Vergnügen, Ausflüge usw. gut vorbereitet.

Weißa. Auf dem Wege von Neu-Weißa nach Weißa wurde gestern abend gegen 11.30 Uhr ein Eisenbahnwagen von drei ihm entgegenkommenden jungen Leuten vom Wade gehoben und seines Rades beraubt. Der Verursacher mußte leben, wie einer der Mörder mit seinem Rade nach Neu-Weißa davonfuhr, während die anderen beiden in der Dunkelheit verschwanden. Das Rad ist inzwischen unweit des Tatortes wieder gefunden worden. Sachdienliche Wahrnehmungen über drei männliche Personen im Alter von 18 bis 22 Jahren, von denen der größte grauen Regenmantel und grauen weichen Hut, ein kleinerer braune Leder-gamaschen getragen hat und in deren Gesellschaft schließlich ein etwa gleichaltriges Mädchen sich befunden hat, wolle man der Gendarmerie in Weißa mitteilen.

Seerhausen. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ereignete sich auf der Landstraße zwischen Seerhausen und Meißener Fluß ein Unfallsfall. Der Fahrer eines von Müßeln kommenden Lastautos einer Dresdener Firma, der im Begriff war, das Schlußlicht nachzusetzen, stürzte ab und erlitt einen komplizierten Knochen- und Rückenbruch. Velber bewerkte der Chauffeur erst später in Klampendorf den Verlust des Bremfers. Nach Herbeiführen der Sanitätskolonne konnte Herr Kühne-Seerhausen einen Notverband an. Die Ueberführung des Verwunderten ist nach Meißa ins Krankenhaus erfolgt.

Streumen. Am Sonntag fand auf unserem Kirchhofe eine feierliche, stille, ergreifende Feier statt. Nachmittags 3 Uhr rief die Glocke die Gemeinde aufzumachen. Eine große Anzahl von Menschen fand sich ein; denn es galt, in feierlichem Gottesdienste das Denkmal für die im Weltkrieg Gefallenen aus Streumen und Warffelditz zu weihen. Das Denkmal steht gegenüber dem Eingange zur Kirche und ist überhöht von den alten Kirchbänken. Das Mittelfeld zeigt einen Engel, der sich über einen sterbenden Krieger neigt, und die Seitenfelder erinnern durch Stahlhelm und Kreuz an den Krieg. 14 Namen trägt der Stein. Unter ihnen steht ein Wort, das einer der Gefallenen 1918 kurz vor seinem Tode in die Heimat schrieb: „Und dennoch glaube ich an Deutschlands große nationale Zukunft. Dankbar rückwärts — mutig vorwärts — glaubensooll aufwärts!“ Dies Wort nahm Herr Warrer Teichmann als Grundlage seiner heranzuhelfenden, tiefergreifenden Rede. Mit ernstlichen Worten führte er die Versammelten im Geiste rückwärts, vorwärts und aufwärts. Tiefe Wehmut lag in die Herzen ein, und dazu paktete die graue Luft, der leise herüberrieselnde Regen. Stimmungsvolle Gesänge der Schulfinder unter ihrem Kantor Herrn Oberlehrer Richter rahnten die Feier in würdevoller Weise ein. Mädchen trugen Gedichte vor, und Herr Gemeindevorstand Frische dankte und übernahm das Denkmal. Dann legten die Gemeindevorstände, der Kirchenpatron, der Lehrer, die Vereinsvorstände und endlich die trauernden Angehörigen ihre Kränze nieder. — Möge das schöne Denkmal die Dankbarkeit für unsere Helden allezeit wach erhalten!

Dresden. Am 13. Juli gegen 2 Uhr vormittags wurde ein hiesiger Einwohner von zwei unbekannten Männern Ecke Rietzel- und Marienstraße überfallen und seiner Brieftasche mit einigen tausend Mark Inhalt beraubt. Die beiden Täter wurden von der Kriminalpolizei in zwei hiesigen Arbeitern ermittelt und festgenommen. Sie sind geflüchtet. Ein Teil des geraubten Geldes konnte dem Ueberfallenen zurückgegeben werden. — Von der hiesigen Polizei wurde der Maler Kurt Schwerfeger und der Normer Otto Brütche wegen verschiedener Fahrraddiebstähle festgenommen. Ersterer wurde nach Verübung eines Fahrraddiebstahls durch Verfolgung des Beschuldigten und letzterer durch einen hiesigen Einwohner, dem er Räder zum Kauf anbot, der Polizei in die Hände geliefert. — Am 20. Juli findet im Rahmen der Veranstaltungen der Deutsch-sowjetisch-amerikanischen Woche anlässlich der Kolumbischen Nationalfeier ebenfalls ein offizieller Empfang im Rathaus statt.

Chemnitz. In einem hiesigen Gasthaus gerieten am Sonntagabend zwei Gäste miteinander in Streit. In dessen Verlauf der eine dem anderen, einem jungen Manne, ein leeres Bierglas an den Kopf warf, wodurch der junge Mann einen Schädelbruch mit Bluterguß in das Gehirn erlitt. In der darauffolgenden Nacht erlag er den Folgen des Verfalls. Der Täter, ein hier wohnhafter 47 Jahre alter Handelsmann, wurde festgenommen.

Hohenstein-Ernstthal. Eine Spekulation auf die Zumbelt wird anscheinend wieder einmal von Berlin aus in Szene gesetzt. Eine größere Zahl hiesiger Einwohner erhielt von einem gewissen Walter Schuber, 23, 62, Lutherstraße 12, ein unterzeichnetes Schreiben, eine Nachnahme für den Rohn-Konzern einzulösen.

Burgstädt. Die Stadtverordneten nahmen nach Beendigung des Streiks der sozialistischen Stadtväter ihre Tätigkeit wieder auf und beschloßen, Minderbemittelten und Kleinrentnern Gas zu ermäßigtem Preise abzugeben. Die Dingerabfuhr soll verbilligt werden.

Hohenstein-Ernstthal. Der Verein deutscher Rosenfreunde hielt am Sonntag, gelegentlich des 50-jährigen Jubiläums des hiesigen Rosenvereins, seine 37. Hauptversammlung ab, die vom 2. Vorsitzenden Voß (Ober-Tafel) mit Begrüßung und dem Vortrag des Geschäfts- und Kassenspreisers eröffnet wurde. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1921 1640. Beschlossen wurde die Verleihung einer Ehrenurkunde für beste Bädung, die Herstellung eines Rosenlegions (mit den Vorarbeiten wurde eine Kommission betraut), die Erhebung des Jahresbeitrages von 20 auf 100 Mark und als Tagungsort für 1923 Forst in der Nähe von Bies (Turlach), den man zum Ehrenvorsitzenden ernannte, wurde Vogel (Baden-Baden) gewählt. Weiter wurden in den Vorstand gewählt: Tüske (Meißen), Professor Gnuß (Langenhausen), Adliger (Mühlhausen) und Riese (Wieselbach). Eine Sammlung für die Vereinskasse ergab über 2000 Mark. Anschließend sprachen Ulrich (Büsch) über „Rosenwildlinge“ und Riese (Wieselbach) über „Rosenarbeiten“. Einen starken Besuch hatte die einsparliche Rosenschau in der Turnhalle auf dem Pfaffenberge zu verzeichnen, die von Büchtern aus ganz Deutschland und Holland besucht war und zahlreiche Neuheiten enthielt. Den Ehrenpreis der Stadt erhielt Riese (Wieselbach); u. a. erzielten Leichendorf (Goschbeude) den 4., Dechant (Hermendorf) den 7., Tüske (Meißen) den 8., Sachse (Hohenstein-E.) den 11., Aug. Start (Goschbeude) den 16. und Grubner (Woditz) den 21. Preis. Mit Ausflügen in die Umgebung am Montag wurde die Veranstaltung, die am Sonntagabend mit einem ergiebigen Abend im Logenhaus eingeleitet worden war, beschloßen.

Rositz a. O. Bis jetzt wurden 27 schwere Fälle von Plünderungen und drei Freiheitsberaubungen während der letzten Tumulte gemeldet. An den Demonstrationen sollen sich übrigens auch aus Ausland stammende Ingenieure beteiligt haben. Bei dem Sturm auf die Ingenieurschule wurde Schaden in Höhe von mehr als 10000 Mark angerichtet. Die vom Rositzer Aktionsausschuß eingerichtete sogenannte Arbeiterwehr soll durch eine andere Organisation ersetzt werden. Der Aktionsausschuß arbeitet mit den Behörden Hand in Hand und wird vorläufig bestehen bleiben.

Treuen. Rittergutsbesitzer Adler, Eigentümer der Rittergüter Unterlauterbach bei Treuen und Strahberg bei Blaues, hat zur Erinnerung an seinen im vorigen Jahre verstorbenen Sohn, der das Rittergut Unterlauterbach bewirtschaftete, der Gemeinde Unterlauterbach ein Grundstück zur Anlage eines Friedhofes geschenkt. Der Friedhof soll zugleich als Gedächtnisstätte für die im Weltkrieg gefallenen Glieder der Gemeinde angelegt werden.

Leipzig. In den letzten Nachmittagsstunden des Montag sammelten sich mehrere Dutzende vor dem „Währinger Hof“ an. Nachdem sie eine Zeitlang gekörnt hatten, zogen sie durch die Burgstraße nach dem Burzplatz zu. Vor dem Restaurant von Kling u. Helbig machten sie halt und verurteilten hier auf neue Värm. Dabei warfen sie ein Schaulsticker des Lokals ein. Sodann zogen sie ein, da sich Polizisten näherten. Vor der „Palmenrotte“ im Gewandgäßchen wiederholte sich dasselbe Spiel. Auch dort ging eine Scherbe in Trümmer. Am meisten geschädigt wurden die „Drei Rosen“. Alle drei großen Fensterheben des Lokals nach dem Monzingogäßchen zu wurden eingeworfen. Der Schaden beträgt viele tausend Mark. Die Täter konnten nicht festgenommen werden.

Leipzig. Auf einer Wiese zwischen Seidewitz und Dölschhausen mißte sich dieser Tage ein Hundebesitzer ab, seinem Hunde das Kuffinden eines verheerenden Gegenstandes beizubringen. Er hatte zu diesem Zweck seine Brieftasche mit etwas Geld in einem Behälter verpackt. Der Hund suchte auch richtig das Behälter ab, kam aber stets ohne Brieftasche zurück. Es stellte sich heraus, daß die Brieftasche verschwunden war. Wutwütig hatte sie ein 19- bis 20-jähriger Bursche, der für die Hundebesitzer Interesse gezeigt hatte und auch half, unbemerkt aus dem Weidengebüsch gestohlen, denn er war plötzlich mit seinem Fahrrad davongesahren.

Leipzig. Die am 13. Juli vom Leipziger Schwurgericht wegen Ermordung des Reichstageskonrad zum Tode verurteilte Frau Vera Hoffmann hat durch ihren Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Brund gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht einlegen lassen.

Magdeburg. Die vollständigen Tage am 15. und 16. Juli brachten der Mitteldeutschen Ausstellung einen Massenbesuch. Am Sonntag besuchte das anspruchsvolle Zuschauerspublikum eine Zahl von rund 50000 Besuchern. Die Lichtbild- und Filmvorführungen der Mitteldeutschen Landesausstellung A.-G. Magdeburg, im Freien erweckten das rechte Interesse. Von der Ausstellungsausstellung sind derzeitige vollständige Tage mit niedrigen Eintrittspreisen für die Folgezeit des öfteren vorgegeben.

Zum Selbstmord der Rathenauer Mörder.

Weder den Selbstmord der beiden Mörder Rathenau's melden die Blätter noch folgende Einzelheiten: Bevor die Beamten gewaltsam in das Turzimmer der Burg Saaleck, in dem sich die beiden Mörder befanden, eindringen, haben sie Feuer auf die Fenster ab, wobei Kern vermunndet zu sein scheint. Räder hat darauf anscheinend Kern erschossen und sich selbst durch einen Schuß den Tod gegeben. Bei der Abschätzung des Geldes um die Burg fand man an einer verdeckten Stelle ein Bündel Kleider, die offenbar von Helfershelfern dorthin gelegt worden waren, um diesen durch neue Kleidung die Flucht zu erleichtern. Bei den Leichen der Mörder fand man eine Generalstabkarte und bares Geld in Höhe von 3000 Mark. In der Wohnung des Dr. Stein, wobei die Mörder geküßt waren, wurde ein Karabiner, eine Pistole und dazu gehörige Munition gefunden. Die Nachforschungen der Polizei bewegen sich jetzt hauptsächlich in der Richtung, inwieweit Dr. Stein möglicherweise als Begünstiger und Helfer der beiden Mörder in Frage kommt, und ob ihm ein Zusammenhang mit irgendwelchen rechtsabfälligen Organisationen nachgewiesen werden kann.

In dem Selbstmord bemerkt das Berliner Tageblatt u. a.: Wäre die Entdeckung des Schlupfwinkels der Mörder nur einige Stunden später erfolgt, so wären sie wieder erschossen, denn sie hatten bereits durch das Telefon Fühlung mit Wänden genommen. Von dort waren schon mehrere Helfer mit Geldmitteln und falschen Pässen nach der Burg Saaleck unterwegs. Diese Helfer sollten Kern und Fischer andere Kleidung bringen und sodann beide getrennt über die tschechoslowakische Grenze geleiten.

Als Kern Oberleutnant Dittmar aus dem Gefängnis befreit hatte, spionierte er vermutlich die Burg Saaleck als Schlupfwinkel für Dittmar aus. Dittmar verbergte sich dort längere Zeit. Die Rolle, die der Bewohner der Burg, Dr. Stein, seinerzeit gespielt hat, als Dittmar sich auf der Burg verborgen hielt, und auch jetzt, als die beiden Rathenauer Mörder dort Unterschlupf fanden, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Jedenfalls wird er der Mitwisserschaft oder Begünstigung beschuldigt.

Der Mieter der Saaleckburg, in welcher sich die Mörder des Ministers Rathenau erschossen haben, ist wegen Verdachtes der Begünstigung festgenommen worden. Er wird nach Berlin überführt. Die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei erstrecken sich jetzt weiterhin darauf, ob noch weitere Personen der Begünstigung schuldig sind. Es wird festzustellen sein, welche Helfershelfer die Flucht Hilfers und Kerns in den Tagen vom 9. bis 17. Juli unterstützt haben. In dieser Hinsicht ist folgendes bemerkenswert: Die Leiche von Kern ruht in beiden Oberextremitäten halbverdeckt, etwa acht Tage alte Schußwunden von Schrotkugeln auf. Derjenige, welcher in den letzten acht bis zehn Tagen Schrot auf verdächtige Personen geschossen hat, wird gebeten, dem Berliner Polizeipräsidium, Abt. I A Mitteilung zu machen.

General Ludendorff hatte dem „Dailly Express“ auf dessen Anfrage nach der Ermordung Rathenau's mitgeteilt, daß er den Mord auf holländische Initiative zurückführe. Die Blätter veröffentlichten jetzt ausführliche Darlegungen Ludendorff's, in denen er diese Ansicht zu begründen versucht. Er führt an, daß unter den bei dem russischen Obersten von Freiberg vorgefundenen kommunistischen Geheimpapieren ein Bericht sich befand, nach dem die Sowjetregierung ihre Berliner Vertreter angewiesen habe, unter der Maske deutscher Nationalisten in die extremnationalistischen deutschen Organisationen bolschewistische Agenten einzuschmuggeln, die fanatische Mitglieder derartiger Organisationen zum Mord an Mitgliedern der Reichsregierung verleiten sollten. Diese Worte sollten die deutschen Linksparteien gegen die Rechtsparteien aufwiegen und dadurch Maßnahmen veranlassen, die den Zwiespalt in Deutschland vertiefen und schließlich den Bürgerkrieg heraufbeschwären, als dessen Ergebnis Moskau die Errichtung der Räterherrschaft erdoht. Während der Berliner Lokalanzeiger diese Behauptungen für durchaus plausibel erklärt, hält die Volkszeitung das von Ludendorff angeführte Indizium für nicht überzeugend. Der „Vorwärts“ bezeichnet die Ludendorff'schen Enthüllungen als einen Teil der bewußt geführten deutschnationalen Entlastungskampagne.

Wie das Berliner Tageblatt erzählt, ist jetzt vom Oberreichsanwalt in Leipzig ein besonderes Untersuchungsrichter für die Sache Rathenau ernannt worden. Er hat bereits gegen die ihm bisher vorgeführten 23 Personen die Voruntersuchung eröffnet.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine Abfuhr der kommunistischen Stadtväter. Die Mehrheit des Stadtrates in Neustadt a. d. Oarab hat den Antrag der Kommunisten, die dem Reichstagsabgeordneten Dr. Gelferich verliehenen Ehrenbürgerrechte zurückzugeben und die von diesem der Stadt geschenkte Wüste zurückzugeben, in der Waise abgelehnt, daß sie sich weigerte, den Antrag überhaupt zur Diskussion zu stellen.

Verbot für den Studententag in Marburg. Der Oberpräsident von Hessen-Nassau hat den fünften ordentlichen deutschen Studententag in Marburg verboten, da er angeblich auf antisemitischer Grundlage einberufen worden sei.

Der Seemachinerstreik in Hamburg geht weiter. Die unter dem Vorhinein eines Mittaliedes des Reichsarbeitsministeriums geltend gemachten Verhandlungen im Hamburger Seemachinerstreik haben kein Ergebnis positiver Art gezeigt. Die Arbeitnehmersparteien in der Werkbundentfrage kategorisch auf ihrem Standpunkt und zeigen kein Eingehen auf die Anerbieten der Reeder. An diesem Punkte scheiterten die gesamten Verhandlungen, jedoch eine Erörterung der eigentlichen Lohnfragen überhaupt unmöglich war.

Dr. Simons Reichsgerichtspräsident. Der Reichspräsident hat den Reichsminister a. D. Dr. Simons zum Präsidenten des Reichsgerichts ernannt.

Jahreskassen der Nationalkassens. Die Nationalkassen für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen hielt ihre diesjährige Jahreskassen im Reichstagsgebäude unter Vorsitz des Staatsministers Erzelsens von Loebell ab. Der geschäftsführende Vizepräsident Kommerzienrat Selberg erstattete den Jahresbericht. Die Nationalkassen hat bisher rund 50 Millionen Mark für die Zwecke der Kriegshinterbliebenenfürsorge verteilt. Es wurde u. a. auch für 1922 eine Million für Erholungsaufenthalte von Kriegserweilen bewilligt. Außerdem wurde beschloßen, eine Million zur Ermöglichung von Erholungsaufenthalten für Kriegserweilen und -Mütter zur Verfügung zu stellen. Für die durch den Tod ausgeschiedenen Herren Legien und Professor Dr. Brande wurden die Herren Ministerpräsident a. D. Steinerwald und Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Dörfer in das Präsidium gewählt. Zum Schluß sprach Ministerialrat Dr. Karstadt über „Tuberkulose und Kriegshinterbliebenenfürsorge“.

Polen.

Eine Eisenbahnleihe Polens. Ein englisch-amerikanisches Konsortium hat bei der polnischen Regierung eine Eisenbahnleihe von 2 Millionen Pfund Sterling angeboten zum Ankauf von Eisenbahnmateriale. Die Verhandlungen der polnischen Regierung werden vom Grafen Toromski geführt.

Das Kabinett Korfants. Gestern hielten die 5 Parteien der Rechten und des Zentrums eine Beratung ab über die durch die Demissionserklärung des Staatsoberhauptes geschaftere Lage. Die Abg. Fedorowitsch und de Resat hatten kurz vorher noch einmal mit Wilschki konferiert. Er erklärte, sein Entschluß richte sich nicht gegen die Person Korfants, sondern sei begründet, weil er im gegenwärtigen Augenblick jede Parteiregierung ablehnen müsse. Ein Kommuniqué der Reichtsparteien enthält die Feststellung, daß sie nicht beabsichtigen, eine Staatskrise zu verursachen und daß sie unabhängig von der Kabinettsbildung für eine Verständigung mit der Linken arbeiten. Korfants hat vorgeschlagen und geteilt die Verhandlungen mit den Ministern fortgesetzt. Es heißt, daß der Kriegsminister und der Finanzminister in das Kabinett Korfants einzutreten würden.

Rußland.

Die Cholerafälle. Die Bakteriologen des deutschen Roten Kreuzes in Moskau, die in engstem Zusammenhange mit den russischen Behörden und mit den russischen Gelehrten arbeiten, teilen mit, daß nach ihren eigenen Informationen seit Beginn des Jahres 1922 bis Ende Juni 1922 höchstens 80 Cholerafälle einschließlich der Choleraverdächtigen festgestellt wurden. Unter diesen 80 sind 44 zugereifte Personen. Die Sterblichkeit in Moskau beträgt allerdings 55 Prozent.

Eine Untersuchungsaktion. Dr. Rausen hat mit den Sowjetbehörden eine Vereinbarung zur Unterstützung der notleidenden russischen Professoren und Lehrer getroffen, die vor allem die reaktionäre Verfolgung der hungernden Gelehrten mit Lebensmittelpaketen, die in Riga zusammengekauft werden, bezweckt. Es wurde eine Liste der besonders bedürftigen aufgestellt, die zunächst die Versorgung von etwa 2000 Professoren und Lehrern vorzieht. Das Generalkomitee weist in einem Appell auf die dringende Notwendigkeit hin, außerdem auch Bücher, wissenschaftliche Instrumente usw. für die russischen Gelehrten zu sammeln, da hierin die Not besonders groß ist. Viele berühmte Gelehrte haben ihren Besitz, darunter auch ihre Kleidung und Bücher, verkaufen müssen, und müssen jetzt mit ihren Familien in einem einzigen Zimmer hausen.

England.

Die Mörder Wilson zum Tode verurteilt. Die beiden Irländer Dunn und O'Sullivan wurden wegen Ermordung des Feldmarschalls Wilson zum Tode verurteilt.

Amerika.

Der Eisenbahnstreik. Nach einer Savasmeldung aus Washington haben 25 000 Eisenbahnarbeiter ohne Ermächtigung ihrer Organisationen die Arbeit eingestellt. Die Unruhen dauern an.

Ein unerhörter Uebergriff tschechoslowakischer Grenzorgane.

Der wirtschaftliche Nachrichtenendienst des Verbandes Sächsischer Industrieller schreibt: Man sollte meinen, daß die Tschechoslowakei alle Ursache hätte, sich zu Deutschland in wirtschaftsrechtliche Beziehungen zu setzen, und die Schwierigkeiten beim Grenzübertritt von Sachsen nach Böhmen nach Möglichkeit zu beseitigen, daß dieses aber nicht zutrifft, lehrt folgender Fall, der geradezu unerhört ist, weil er eine Vergeßlichkeit deutscher Staatsbürger auf deutschem Boden durch tschechoslowakische Grenzbeamte darstellt. Am 28. Mai wollte der Geschäftsführer einer bekannten sächsischen Industrie im Auto über Pirna, Schandau, Sebnitz nach Schirgiswalde fahren. Weil ihm bekannt war, daß die Fahrt von Sebnitz nach Schirgiswalde ein Stück durch das Gebiet der Tschechoslowakei führen würde, wollte der Herr auf Grund vorheriger Erkundigung am Zollamt in Sebnitz fragen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Durchfahrt möglich sei. Er ließ seinen Chauffeur im langsamen Schrittempo zur Grenzstation fahren, überließ aber dabei, weil ein hochbelasteter Lastwagen davor stand, das auf sächsischer Seite liegende Zollamtshaus. Er ließ seinen Wagen neun Meter hinter dem Zollamtshaus stehen, aber noch etwa 21 Meter vor der Grenze und vor dem sächsischen Schutzhäuschen halten. Trotzdem beschlagnahmte der Amtsvorstand des tschechoslowakischen Zollamtes sofort das Auto, weil der Anfahrer keine Durch-

Jahresgenehmigung besaß. Eine Turmafahrt war auch nur nach Erlaubnis der Wäldschützen beim Jollant in Aussicht genommen. Der sofort hinzukommende Postbeamte legte gegen die Beschlagnahme des Autos entschiedenen Protest ein und befahl dem Chauffeur, zurückzufahren. Diefem Widerstreit zwischen den beiden Jollantbeamten wurde dadurch ein Ende bereitet, daß die Beamten der Tschchoslowakei durch Wegnahme des Magnetschlüssels und Festhaltung des Schalthebels das Auto vor dem Jollantamtshaus gewaltsam zum Stehen brachten.

Auf sofortige einwandfreie Darlegung des Sachverhalts bei der Finanzdirektion in Reichenberg wurde einfach der Bescheid gegeben, daß der Autofahrer 100 000 Kronen Strafe zu zahlen hätte und bis zur erfolgten Zahlung in Haft zu nehmen sei, was auch geschah. Auf erneute Vorstellungen wurde die Strafe auf das Mindestmaß von 20 000 tschechoslowakische Kronen — ein schönes Stück Geld bei dem heutigen Kurs — herabgesetzt und der Autofahrer nach Zahlung dieses Betrages entlassen.

Dieser überhöhte Vorgang ist der tschechischen Regierung unterbreitet worden und auf deren Veranlassung sind durch die deutsche Gesandtschaft in Prag Vorstellungen erhoben mit dem vorläufigen Ergebnis, daß die Geldstrafe erneut und zwar auf 5000 tschechische Kronen ausgesetzt und das Auto und die restlichen 15 000 Kronen zurückgegeben wurden. Nun stellte sich aber heraus, daß das Auto von den tschechoslowakischen Jollantbeamten widerrechtlich zu Verfügungsfahrten benutzt und dabei beschädigt worden ist. Das ist für die deutsche Regierung zum Anlaß genommen worden, erneut in Prag Vorstellungen zu erheben, deren Ergebnis noch aussteht.

Nach unserem Dafürhalten kann es sich in diesem Falle nicht nur darum handeln, daß die „Strafe“ ganz erlassen wird, sondern daß unter allen Umständen Genugtuung dafür verlangt wird, daß tschechoslowakische Grenzbeamte auf deutschem Boden einen deutschen Staatsbürger unter Anwendung von Gewalt in einer Weise behandeln, die allen Begriffen von Völkerverehrung Eohn sind. Das, was sich am 26. Mai an der Grenze bei Sebnitz abspielte, kann sich jeden Tag auf jeder anderen Grenzstation wiederholen. Das muß Grund genug sein, sowohl für die tschechische, wie auch für die Reichsregierung, in dem vorliegenden Falle zur Wahrung der verletzten Rechte eines deutschen Staatsbürgers bis zum äußersten energisch vorzugehen.

Geldnot und Notgeld.

In den Zeiten, als alles knapp wurde, begann, so ungeschick gegen den Herbst 1918, auch unser gutes altes Kleingeld aus dem Verkehr zu verschwinden. Der erhöhte Warenbedarf bei gesteigerten Preisen, der beträchtliche Kleingeldbedarf der Pörsverwaltung und nicht zuletzt die lebhaft einsetzende Geldhamsterei, die sich vom goldenen Zwanzigmarkstück bis auf die silberne halbe Mark und den Nickel-, ja Kupferpfennig erstreckte, legen das nur für gewöhnliche Friedenzeit berechnete Darlehen in so starkem Maße auf, daß die Reichsverwaltung, zumal die Leistungsfähigkeit der Münzstätten hier beschränkt war, die Ausgabe von Notgeld, von „Notgeld“, nicht nur „duldet“, wie sie heute zur Begründung ihres Kampfes gegen die Fälscher oder doch wenigstens eigenartigen Bildchen anföhrt, sondern Gemeinden, ja Betriebe wie Warenhäuser, Fabriken, Konsumvereine geradezu anlehnt zur Notmünzerei.

Inzwischen ist die Geldmangel auf diesem schon längst nicht mehr außergewöhnlichen Wege schon eine Industrie, eine Kleinindustrie, ein über den ursprünglichen Notbedarf hinaus einträgliche Gewerbe geworden. Glücklich, als auf dem unferer deutschen Art anscheinend wenig liegenden Felde des Briefmarkengeschäfts, dessen Beiriedigung ein Höchstmaß an Raumbenutzungsabgabe, Feinheit und bildhafte Plakatwirkung voraussetzt, hat sich die Graphik der Gelderfälscher bemächtigt und neben mancherlei allzu gewolltem und ungenügendem wirklich in sich geschlossene Kleinmünzwerke geschaffen. Die Zahl der leidenschaftlichen und gelegentlichen Sammler dieser seltengeschäftlich wirklichen wertvollen Scheine ist allmählich gewachsen und hat sich angesichts des dieser Fälscherindustrie drohenden Endes womöglich in den letzten Monaten noch vergrößert. Denn die Reichsverwaltung hat nun schweres Geschick gegen das muntere Papierpapervolk aufgeföhrt. Reichsrat und Reichstag werden zur Zeit mit einem langen und würdig fühlenden Geseh von vierzehn drohenden Paragraphen beschäftigt, das trotz eines wohlwollenden Gutachtens des Reichswirtschaftsrates das böse, selbst einstens zwischen den metallenen Wägen geföhrt Unkraut mit der Wurzel ausrotten soll. Die Leistungsfähigkeit der Münzstätten ist nämlich inzwischen so gesteigert worden, daß ein „Bedürfnis“ nach dem aus dem Zahlungsverkehr tatsächlich immer mehr in den Sammelhandel verschwindenden Notgeldscheinen nicht mehr vorliegt.

Ist doch die Zahl der Aluminium-Fünftausendmarkstücke, deren Silberprägung 1919 aufhörte, von 10 779 200 im Jahre 1920 auf 315 703 747 im Februar 1922 gestiegen, die Zahl

der Altschneidmarkstücke von 82 100 im Jahre 1917 auf 108 088 157 im Februar 1922. So soll denn nach dem zurzeit dem Reichsstaatsbankrott vorliegenden Geseh alles Notgeld drei Monate nach Inkrafttreten zum Nennwert von den Herausgebern eingelöst werden. Jede weitere Notgeldausgabe ist verboten, Ausnahmen, soweit dringliches Bedürfnis in Frage kommt, sind durch den Reichsfinanzminister im Einvernehmen mit den obersten Landesbehörden zu gestatten. Wer weiterhin Notgeld widerrechtlich ausgibt, erhält eine Geldstrafe, die mindestens dem Nennwert des ausgegebenen Geldes entsprechen muß. Das trifft auch für Geld an, das ausdrücklich für Sammelzwecke herausgegeben wird. Der Reichswirtschaftsrat macht hierzu den milderen Vorschlag, „Notgeld“, das durch Ausschüttung nicht für den Zahlungsverkehr, sondern ausdrücklich für Sammelzwecke bestimmt ist, von dem Verbot auszunehmen. Allerdings würde durch die Freigabe dieses „Geld“ eines wesentlichen kulturgeschichtlichen Wertes auf einen Sammler betraubt werden. Denn wenn die Kleingeldnot tatsächlich besteht, ist, warum dann noch „Notgeld“?

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 19. Juli 1922.

Oberschlesens Verbleib im preussischen Staatsverbande.

Berlin. Nach einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ wurde gestern in einer Vertrauensmännerkonferenz der ober-schlesischen Volkspartei (Zentrum) in Randrain nach einem Referat des Marzess Wiska zur Frage der Autonomie Oberschlesiens eine Resolution angenommen des Inhalts, daß die Partei nach der Erfüllung der Wünsche des ober-schlesischen Volkes für die Abkündigung am 3. September ihren Wählern empfehle, für den Verbleib des Landes im preussischen Staatsverbande zu stimmen. Damit ist, wie das Blatt schreibt, bei der ausschlaggebenden Bedeutung des Zentrums in Oberschlesien der Verbleib Oberschlesiens bei Preußen gesichert.

Mittagsbesuch v. Röhne verhaftet.

Berlin. Der Schahschaher Karl v. Röhne wurde auf Grund der Anklage eines Handwerkers aus Glinde, der Röhne beschuldigt, im Mai 1921 den Freund des Handwerkers Otto Karle beim Eierfuchen niedergeschossen zu haben, auf Schloß Brehm auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft verhaftet und in das Potsdamer Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Waffenfunde in Thüringen.

Berlin. Wie das Tageblatt aus Weimar meldet, wurden in Bilschroda Kreis Eisenach von der Kriminalpolizei Waffenbestände beschlagnahmt, die von Mitgliedern des Turnvereins des Ortes versteckt gehalten worden waren. Die Waffen, drei Maschinengewehre, ein Minenwerfer, vier Tankgewehre, sechs Maschinenpistolen, fünf Infanteriegewehre und etwa 10 000 Schuss Munition waren teilweise im Atrium des Ortes versteckt, teilweise im Walde vergraben. Im Zusammenhang mit den Waffenfunden wurden mehrere Angehörige des Vereins verhaftet.

Verbot des Freihandels mit ausländischen Zahlungsmitteln.

Wien. Durch Verordnung des Bundesfinanzministeriums, betreffend die Beschränkung des Handels und des Verkehrs mit ausländischen Zahlungsmitteln, wird bestimmt, daß ab 19. 7. jeder freie Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln, auch an der Börse und von Büro zu Büro, und die Vermittlung von Geschäften in solchen bis auf weiteres verboten ist. Ausgenommen ist jedoch die Abgabe von ausländischen Zahlungsmitteln zur Deckung von Reisepreisen. Alle nach der Dreimonatsfrist zulässigen Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln sind ausschließlich in der Clearing Devisenzentrale abzuwickeln. Als Weisung für ausländische Zahlungsmittel dürfen nur die von der Devisenzentrale veröffentlichten Kurse verlautbart werden. Jede andere auch nicht allermäßige Mitteilung über die Bewertung solcher Zahlungsmittel ist verboten.

Gegen das Treiben der Komitatsschabanden.

Belgrad. Der Außenminister Nintschitsch erklärte Presseberichterstattern, die rumänische, griechische und serbische Regierung beschloßen, bei der bulgarischen Regierung zu intervenieren, um dem Treiben der Komitatsschabanden ein Ende zu bereiten. Bulgarien hatte die strittige Frage dem Völkerverbande vorgelegt. Das Verbot der Bulgariens in der mazedonischen Frage, sagte Nintschitsch, sei in vollem Maße festgesetzt.

Wien. Ueber die Aufstellung der mazedonischen Frage durch Bulgarien wird aus Sofia gemeldet, daß dieses sich deshalb an den Völkerverband wende, weil seine Nachbarn forderten, Bulgarien solle den serbischen Soldaten gestatten, die bulgarische Grenze im Kampfe gegen Vandalen und Räuber zu überschreiten. Der Vorschlag des Komitees von Sofia, durch eine neutrale Untersuchungskommission feststellen zu lassen, daß Bulgarien an dem mazedonischen Bandenwesen vollständig unbeteiligt ist, wurde von Griechenland, Rumänien und Serbien abgelehnt.

soviel wie möglich draußen im Freien. Und sei es nur auf Bänken in Anlagen, am Ufer eines Flusses, an irgend einem Waldesrand oder auf grüner Flur. Das kann sich schließlich jeder leisten! Und dabei lautet er schon Gesundheit in sich ein ohne weite Reise.

Ganz von selbst wird diese Unfähigkeit mit der Erholung rasch langweilig. Wo aber Tätigkeitsdrang sich nicht einstellen kann, da ist es ein Zeichen, daß die Nerven noch weiter Ruhe brauchen. Solche Menschen tun am besten, eine richtige Franzosenartur in der angegebenen Weise durchzumachen. Da aber, wo der Tätigkeitsdrang sich einstellt, heißt es, nun auch nicht in Fehler zu verfallen, die so viele, z. B. am Meerestrande oder auch draußen auf dem Lande zu begehen pflegen: gleich grobe körperliche Leistungen vollziehen zu wollen. Darunter fällt z. B.: sofort täglich kalt zu baden, womöglich noch lange im Wasser zu bleiben, auch wenn man schnatziert und friert, reizbar wird und schläft nicht und sich matt fühlt, oder lange anstrengende Märsche, Kilometerfresserei, die besonders auf dem Rad so schädlich wirkt. Die Folge solcher Uebertriebener zu Beginn der Ferien rächt sich meist bitter. Uebermüdung tritt ein, auch Erkältungen sind häufig. Der Körper bedarf nun erst wieder der Erholung von der unvernünftigen, ihm ungenügenden Ueberanstrengung, und schon ist die Hälfte der Ferien verfliegen, wenn nicht mehr, ohne daß man einen wirklichen Nutzen aus ihnen gezogen hat. Der wirkliche Nutzen ist nicht das augenblickliche Ergehen, er liegt vielmehr in der Kraft, die man sich für das ganze kommende Arbeitsjahr holt, um dauernd trotz der Arbeit in Frische, Frohsinn und Stabilität den Lebensaufgaben gewachsen zu sein. Unmöglich also anzufangen, dann feigern, und als unbetreffliche Körperauffrischung sei empfohlen, zu wandern. Das ist nicht nur „des Wälders Luft“, das ist Balsam für Muskeln, Lungen und Nerven, das treibt die Schläfen aus, steigert den Stoffumsatz, macht Appetit und Schlaf. Natürlich sind auch alle Sportarten ein treffliches Erholungsmittel, geeignet, auch in landschaftlich eintöniger Gegend, die Lust am Scherumtreiben in freier Luft zu fördern. Nur darf auch da nicht die Reforbfucht hörend einwirken.

Noch ein Wort an die Eltern, die ihre Kinder in den Ferien zu geistiger Arbeit anhalten. Es handelt sich dabei gerade um die Leistungen besserer Kinder. Die aber brauchen mehr als alle anderen eine richtige Ruhepause. Nicht in verkehrter, als ihnen die nicht voll zu gönnen. Kinder pflegen während der Ferien und der Wanderungen

Die Reinigungsverpflichtung in der Reparationsfrage.

Paris. Nach dem „Ceuvre“ soll Poincaré gemeinsam mit dem Finanzminister de Laferrière eine Zusammenstellung machen, durch die er beweisen will, daß das Deutsche Reich seit Beginn dieses Jahres jeden Monat für 12 Milliarden Papiermark ausgegeben, also systematisch an der Entwertung seines Geldes gearbeitet habe. Der Bankrott sei also vorbedacht. Die Verfehlungen gegen die Vorschriften der Reparationskommission seien bewußt, sodas also auf Grund des § 18, Absatz 2, Abschn. 8 die Alliierten das Recht hätten, also jeder für sich, gegenüber dem bankrotten Schuldner Maßnahmen zu ergreifen, die die Umstände notwendig machen. Lord George dagegen habe, ohne ein Aktienstück aufzumachen, denn er sei ja kein Advokat, erklärt, sein Gegner überreibe und seine ungenügend gerechtfertigten Schlußfolgerungen seien sehr gefährlich. Das sei die Reinigungsverpflichtung, die im Augenblick die kritische Spannung zwischen der englischen und französischen Regierung herbeiföhrt.

Paris. „Ceuvre“ nimmt an, daß Poincaré einige Tage vor dem 15. August, d. h. vor dem nächsten Zahlungstage, also bevor man Deutschland Antwort geben müsse, ob man ein Moratorium bewillige, die Reise nach London antrete. — „Welt Parisien“ verlangt heute in einem Leitartikel strenge Kontrolle der deutschen Finanzen. Man werde bald erkennen, ob der Garantieausdruck in Berlin nach dieser Richtung hin ein befriedigendes Ergebnis ergäbe oder ob man weitergehende Entscheidungen verlangen müsse. Auch dieses Blatt spricht von übertriebenen Ausgaben von Banknoten. Es sei Zeit, daß das ein Ende nehme. Man könne einem Lande, so bedeutend es auch sei, nicht gestatten, eine tödliche Unordnung in den europäischen Organismus zu bringen. Das Blatt glaubt, daß auch die Kompensation eines Teiles der alliierten Schulden mit der deutschen Schuld notwendig sei.

Wiltärlicher Schutz der amerikanischen Bergwerke.

Washington. Der Präsident Harding empfahl den verschiedenen Staaten, durch Truppen die Bergwerke schützen zu lassen, in denen die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Bermischtes.

Der Präsidentskurs bei Sinaja. Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß der Eisenbahnunfall bei Sinaja (Rumänien) dadurch verursacht worden ist, daß die Brücke über die Prachova unter der Last von zwei Lokomotiven eingestürzt ist. Die Brücke war im Jahre 1917 durch die deutsche Armee errichtet und seither nicht erneuert worden. Die Grzeschänge Putarek-Wien berichten über Hermannstadt und Arab.

Ein Schwarm Bienen überfiel bei Halle den Landwirt Goldschmidt mit seinem Gefährt. Die wütenden Bienen stachen ein Pferd tot. Der Landwirt selbst liegt infolge der Bienenstiche schwer krank darnieder.

Regen, der Geld bringt. Die Versicherung von Ferienreisenden und Ausflüglern gegen Regen, die zuerst in England aufkam, ist in den Vereinigten Staaten zur großen Mode geworden. Es gilt als eine Art Sport, sich für einen bestimmten Tag, an dem man etwas vor hat, gegen Regen zu versichern, und muß man zu Hause sitzen, hat man doch wenigstens etwas verdient. Eine Summe von mehr als einer halben Million Dollars mußten die Regen-Versicherungsgesellschaften im Staate New York an diejenigen zahlen, die sich für den „Independence Day“, den Nationalfeiertag vom 4. Juli, versichert hatten. An diesem Tage regnete es ununterbrochen, und dieser Regen brachte vielen New Yorker Geld ein, wenn er sie auch freilich von den erhofften Ausflügen und Sporttügen fernhielt. Es regnet in diesem Sommer sehr viel in den Vereinigten Staaten, und deshalb machen die Versicherungsgesellschaften ein sehr schlechtes Geschäft. Die Versicherung gegen Regen ist in die weitesten Preise gedrungen; nicht nur Sportklubben bemühen diese Art, sich gegen schlechtes Wetter zu schützen, nicht nur die großen Hotels suchen sich auf diese Weise gegen Ausfälle zu sichern, sondern auch die Straßenverkäufer nehmen eine Police gegen Regen und verdienen auf diese Weise nicht weniger, als wenn sie ihre Waren festhalten könnten.

Sport.

Für die Südbahndreise der N.S.V.-Anaben wurden bisher 3500 M. von Sportfreunden als Stütungen gesammelt. Es sind dies neben den 1000 M. des Herrn Benemann Spenden von je 500 M. folgender Herren: Herr Nationalrat Dr. Enderli-Jürich (Schweiz), Herr W. S. Voas, der bekannte Schiedsrichter, in 's Graenbange (Holland), Herr Hermann Friebe, um 1896 Deutschlands bester Wirtelläufer, in Sao Paolo (Südbamerika), Herr Kappti Ipter-Jürich, Herr Albert Mayer in Montreux am Genfer See (Frans. Schweiz). Die Reise wird am 30. Juli beginnen und über Hof, Nürnberg, Fürth, Würzburg, Stuttgart, Eisenach, Gotha, Weimar und Leipzig führen.

Ferien und Gesundheit.

Der Landesausdruck für hygienische Volksbelehrung schreibt uns: Die Ferien sind da. Feiertage bedeutet das. Nicht so sehr im Sinne des Feierns als Vergnügungen, obgleich die Freudigkeit ein Faktor ist, den man hoch als Erholungsmittel für die Nerven einschätzen muß. Gerade durch falsche Vergnügungen kann aber der Wert der Ferien wieder herabgesetzt werden. Es bedeutet und bedeutet vielmehr das Feiern im Sinne des Feierns von einem bestimmten Arbeit. Das ist etwas von grundlegender gesundheitlicher Bedeutung. Es ist eines der größten hygienischen Verdienste des alten Testaments, daß es uns einen wöchentlichen Ruhetag überliefert hat. Das zeigt schon von einer tiefen Erfahrung über die richtige Art, die menschliche Leistungsfähigkeit zu erhalten. Es ist eine der hygienischsten wertvollsten Errungenschaften unserer Zeit, daß jeder seinen Anspruch nicht nur, wie bisher schon, auf die Sonntagruhe, sondern auch auf Ferien hat. Freilich ist noch nicht der Weg gefunden, um sie auch denen zu verschaffen, die sie nicht zum mindesten benötigen: den Hausfrauen. Und doch kommt auf die Frische und Leistungsfähigkeit der Hausfrau so unendlich viel, auch für die gesundheitliche Lebensführung in Familie und Haus an. Können also auch Ferien zu verschaffen, wenigstens Erleichterung in ihrer Treitmahnenarbeit, das sollte das Bestreben aller Familienmitglieder sein.

Wo aber die Ferien am besten ausnützen für die Gesundheit? Reisen — wie wenig ist das heute möglich. Vom gesundheitlichen Standpunkte aus braucht man das nicht einmal so sehr zu bedauern. Reisen bieten wohl Anregung, Zerstreuung, Vergnügen. Aber die Nerven, die schon von der Arbeit hinreichend belastet sind, haben nur zu oft am Schlusse der Reise nicht die Erholung aufzuweisen, die sie nötig hätten. Wie oft kamen die Menschen gehebt, überfüllt mit Eindrücken, gestört, matt gesammelt und erschöpft zurück. Das behält sich in kleinem Kreise vorzuziehen, das mag etwas langweilig sein, aber es ist treffliches Del, um die Nervenmaschine wieder geschmeidig zu machen. Namentlich zu Anfang der Ferien ist richtiges Hausen, langes Schlafen, Nichtstun, Dösen das Allerbeste für alle die Tausende, die unter Aufwand einer ständigen Anstrengung ihren Beruf, ihr Studium, ihre Schulaufgaben erledigen. Nur eines ist nötig dabei: Nicht in der Stube oder gar in Wirtschaftsstuben diese Hausenzeit zu verbringen, sondern

zusehends zu wachsen. Da wird das Blut für den Körper, für den Aufbau, für die Ausbesserung gebraucht. Das Gehirn aber braucht, wenn es arbeiten soll, auch reichlich Blut. Es ist ja ein längst überwundener Irrtum, als ob man durch körperliche Anstrengung, Turnen, Sport, die geistige Ermüdung beseitigen könnte. Geistige Arbeit ermüdet den Körper und körperliche Ermüdung auch den Geist. Nur unmittelbar ist letztere für den Geist eine Erholung, in dem während der Zeit die Anstrengung aufhört. Wenn also der Körper gepflegt und gekräftigt werden soll, dann bleibt für den Geist nur eines übrig: Ruhe zu haben. Es ist aber bekannt, wie gerade diese Ruhe auch die Leistungsfähigkeit des Geistes hebt. Wenn auch in den ersten Tagen der Verlust an Uebung manche geistige Tätigkeit nach Ende der Ferien etwas schwieriger macht, so wird das rasch eingeholt und dann merkt man, wie auch die Aufreicherung von Reservenkräften der gesamten Leistungsfähigkeit zugute kommt. Und nun nichts weiter als: möge die Sonne reichlich scheinen, damit auch die so befrömmliche Wärme und das Widerstandskräfte schaffende Licht reichlich dem Körper zugeführt wird. Freilich muß man dafür sorgen, daß unsere Haut durch Baden, sei es auch nur in Luft und Sonne, reichlich Gelegenheit hat, diese Wohltat in sich aufzusaugen. Dann werden die Ferien gute Ferien sein.

Wissens- und Wissenschaft.

Internationaler Stenographenkongress. Vom 7. bis 10. August findet in Dresden der 12. Internationale Stenographenkongress statt. Das Programm umfaßt Allgemeines sowie Vorträge über Parliaments- und Verhandlungsstenographie, Theorie, Geschichte und Unterricht. Anmeldungen zur Teilnahme an dem Kongress sind unter Einlieferung von 20 M. an den Direktor Dr. Fuchs, Ständehaus, Dresden-V., zu richten.

Kirchenweltbund. Vom 6. bis 12. August findet in Kopenhagen eine Konferenz des Kirchenweltbundes zur Förderung Internationaler Freundschaft durch die Kirchen statt, zu der etwa 200 Vertreter von 26 Völkern erwartet werden. Aus Deutschland sind Professor Dr. Dehmann und Lic. Siegmund-Schulze angemeldet.

Dr. Hubens f. Laut „Völkischer Zeitung“ hard gekern Geheimrat Prof. Dr. Heinrich Hubens, Direktor des physiologischen Instituts der Berliner Universität und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, nach längerer Krankheit im 67. Lebensjahre.

Sturmjahren am letzten Reichstagsitzungstag.

Der Reichstag genehmigte mit 303 gegen 102 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen das Gesetz zum Schutze der Republik. Ferner nahm er das Amnestiegesetz in dritter Beratung an. Ebenso wurde das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik, sowie das Reichskriminalpolizeigesetz verabschiedet. Außerdem wurde die Vorlage über die Bewilligung eines Kredites von 75 Millionen Mark zum Schutze der Republik angenommen. Ein von den Nationaldemokraten, der Deutschen Volkspartei und der bayerischen Volkspartei gestellter Antrag, dem Strafgesetzbuch einen Paragrafen einzufügen, nach dem mit Gefängnis neben Geldstrafe bis zu einer Million Mark bestraft wird, wer nicht verbundene Versammlungen gewalttätig oder durch Androhung mit Verbrechen verhindert oder sprengt, wird dem Reichsausschuß überwiesen. Ein Antrag, die Diktien der Abgeordneten auf 10 000 Mark monatlich zu erhöhen, wird gleichfalls angenommen. Nach Worten des Dankes an den Reichstagspräsidenten verlag sich der Reichstag bis zum Herbst. Die erste Sitzung soll während am 17. Oktober stattfinden.

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 18. Juli.

Das Luftverkehrsgesetz wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, ebenso in dritter Beratung das Gesetz gegen die Falschung der Presse, dieses gegen wenige Stimmen der Deutschnationalen.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik.

Abg. Bazille (Dnat.) wendet sich gegen das Gesetz. Der Reichskanzler habe mit seiner Kampfanlage gegen rechts in einer Minute mehr gesagt, als er in seinem ganzen Leben verantworten könne. (Gelächter links.) Alle unheilvollen Folgen fallen auf sein Haupt. (Unruhe und Aufsteigen bei den Sozialdemokraten.) Das war eine Bedrohung des Reichskanzlers. Wir haben seit Jahrzehnten zwei Deutschland, ein monarchisch-nationales und ein republikanisch-internationales. Ohne die Wiederbindung dieses Gegenstückes ist der Wiederaufbau Deutschlands unmöglich. Das vorliegende Gesetz hindert aber jede Versöhnung. In diesem sonnenanthen Gesetz zum Schutze der sogenannten Deutschen Republik... (Stürmische Entrüstungsfundgebungen links. Präsident Loeb erhebt den Redner, die Stimmung im Hause nicht unähnlich zu verschärfen. Der allgemeine Lärm legt sich erst allmählich.) Die deutschvölkische Bewegung ist die notwendige Reaktion gegen den Internationalismus. Der deutsch-nationale Gedanke ist nicht durch Gewalttaten zu verwirklichen. Auch wir leben in der schwersten Stunde, daß sich solche Attentate wiederholen könnten. (Abg. Dittmann (Unabh.) ruft: Walle hebt schon wieder.) Auf einen Jurist des Abg. Löwenstein (Unabh.) antwortet der Redner: Sie, lieber Freund aus dem alten Testament, sollten ganz ruhig sein. (Lärm des Abg. Rühl (Unabh.): Sie unverschämter Lump! Präsident Loeb ruft die Abg. Bazille und Rühl zur Ordnung.) Redner sucht unter härmlicher Delleit der Anker aus dem alten Testament nachzuweisen, daß die Juden den politischen Nord verherrlicht hätten, wie der Fall Judith bemerke. (Abg. Stamper (Soz.) wird wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen. Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Redner richtet heftige persönliche Angriffe gegen den Reichskanzler. (Neuer Entrüstungssturm. Abg. Wiebel (Soz.) ruft: Elender Heuchler und Verleumder! Präsident Loeb erteilt Ordnungsrufe und bedauert, daß der Redner in dieser Stunde so schwere persönliche Angriffe gegen die Mitglieder der Regierung gerichtet habe, daß sie auch auf der rechten Entrüstung erregt hätten. Er erhebt den Redner dringend, nicht von neuem Sturm im Hause und im Lande zu entfachen. Beifall.) Redner erklärt, er würde es bedauern, wenn seine Ausführungen als persönliche Angriffe aufgefaßt würden. (Gelächter links.) Die Deutschnationale Volkspartei wolle weder den gewalttätigen Umsturz noch den Revanchekrieg. Von der Pflicht der Kritik werde sie sich nicht abbringen lassen. (Beifall rechts, Weifen links.)

Abg. Reil (Soz.): Der Abg. Bazille ist besonders zu rufen, hier gegen die internationale Bestimmung zu weitem und seine deutschvölkische Auffassung zu betonen. Ich mache nicht ihm zum Vorwurf, daß er französischer Abkammung ist, daß er sich als württembergischer Staatsbeamter in jedem Jahre regelmäßig beurlauben ließ zu Reisen in Frankreich und zum Studium an der Universität Gremoble. (Hört, hört!) Als der Krieg ausbrach, wurde Herr Bazille Zivilgouverneur in der belgischen Provinz Limburg, dort hat er während des ganzen Krieges neben seinem Beamtengehalt eine Tageszulage von 40 Mark bezogen. Dafür hat er das G. R. 2. und den württembergischen Hausorden bekommen. Er hat sich tapfer verhalten mit den Nahrungsmitteln, die für die Truppen draußen bestimmt waren. (Rufe bei den Komm.: Stappenschwein!) Im Dezember 1918 kehrte Abg. Bazille zurück, ließ sich zum Abgeordneten wählen und meldete sich zum Wiedertritt in sein württembergisches Amt für den 1. Februar 1919. Er tat zwar keinen Dienst, aber er erhielt sein Gehalt. Erst nachträglich kam heraus, daß er noch in derselben Zeit das Gehalt von der belgischen Zivilverwaltung bezog, ohne daß er davon seiner vorgelegten Dienstbehörde Kenntnis gab. (Hört, hört! links.) Ich nenne den Abg. Bazille einen Betrüger. (Präsident Loeb rügt diesen Ausdruck.) Dann nenne ich seine Handlungen Betrug. (Beifallige Zustimmung links.) Die Akten über diesen Fall sind merkwürdigerweise bei der Zivilverwaltung Belgien verschwunden und Herr Weid hat auch diese Beträge dem Herrn Bazille als Sonderzulage nachträglich bewilligt. (Hört, hört! links.) Der Mann will hier als Moralheld auftreten. Ihm muß der Spiegel vorgehalten werden. Präsident Loeb bedauert, daß die Ausführungen des Abg. Bazille eine so unerwünschte Aussprache hervorgerufen haben.

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Ich will auf die Persönlichkeit des Herrn Bazille nicht eingehen, aber seine aufreizenden, vergiftenden Ausführungen verdienen eine kurze und entschiedene Zurückweisung. Was der Abg. Bazille hier vorgebracht war sorgfältig präpariertes Gift, das er verstreut hat, zum Schaden des ganzen Volkes. (Beifallige Zustimmung links und in der Mitte.) Sie (nach rechts), haben diese Rede gehört. Können Sie sie billigen? (Abg. Graf Bekker: Jawohl!) — Stürmische Entrüstungsfundgebungen bei der Rede. Ich bemerke diese Partei um diese Gemeinlichkeit nicht. Das deutsche Volk wird dafür kein Verständnis haben und es wird auch in Ihren Reihen wandern geben, der mit einer solchen vergiftenden Rede nichts zu tun haben will. (Beifallige Zustimmung bei der Mehrheit, Widerspruch bei den Deutschnationalen.)

Abg. Emminger (D. Vp.) begründet hierauf nochmals die ablehnende Stellung, die seine Fraktion aus Gründen der bayerischen Staatshoheit gegen die Vorlage einnimmt. Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.) wendet sich kurz gegen die Rede des Abg. Bazille, die nur dazu geeignet war, die Leidenschaft zu schüren. (Beifall rechts.) Mit der Vorlage

in der Ausschlußfassung sind wir einverstanden, sie kann in dieser Fassung nicht mehr einseitig nach einer Richtung angewandt werden. Die Wünsche Bayerns sind weitgehend berücksichtigt worden. Nummerhin bringt das Gesetz empfindliche Eingriffe in die bürgerliche Freiheit. Wir werden alle dafür sorgen müssen, daß bei der Durchführung nicht schändlich und parteiisch vorgegangen wird. (Beifall rechts.) Es geht nicht an, daß wegen ihrer Angriffe gegen einen Parteipräsidenten ein Blug wie die „Maastrichter Zeitung“ auf längere Zeit verboten wird. (Zustimmung rechts.) Die Mehrheit meiner Freunde wird deshalb der Vorlage zustimmen, weil sie den Erlas des unsicheren Zustandes der Rotverordnung durch den gesetzlichen Zustand wünscht. Wir bedauern, daß der Staatsgerichtshof nicht aus einem Senat des Reichsausschusses besteht. Die Valensberger sollten nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgewählt werden. Der Gedanke der Reichseinheit sollte auch in Bayern lebhaft beachtet werden. (Beifallige Zustimmung.) Wir werden zu einem Wiederaufbau niemals kommen, wenn zu all der übrigen Zerklüftung noch der Streit um die Staatsform tritt. (Beifall.) Verlangen Sie nicht von uns, daß wir November-Republicaner werden, lassen Sie sich daran genügen, daß wir in dieser schweren Zeit den Streit um die Staatsform zurückstellen und zur Mitarbeit an dem letzten republikanischen Staat auffordern. (Beifall.) Ich freue mich, daß auch die deutschen Vorkämpfer einen solchen Aufruf an die Jugend erlassen haben. (Beifall.)

Abg. Eisenberger (Vdd.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu allen Maßnahmen, die geeignet sind, gewalttätigen Angriffen gegen die Republik entgegenzutreten. Wenn der Bauernbund trotzdem der Vorlage nicht zustimmen könne, so deshalb, weil er darin einen Eingriff in die Selbstständigkeit der Länder und in ihre Justiz und Polizeiherrschaft erblickt.

Abg. Roenen (Komm.) macht dem Abg. Bazille den Vorwurf, daß er mit seiner Rede die Norddeutschen untreuer Dankschulter nur noch geschürt habe. Es sei bezeichnend, daß die Würde sich in der Nähe der deutschen Kampfbühne in Raumburg und Aßen aufschlagen haben. Herr Graf Bekker trotzdem die Norddeutsche des Abg. Bazille billige, so zeigt das deutlich, daß hier die Deutschnationalen zu einem neuen Nordvorstoß sich mit der Basislerne anstücken, wie sie es vor den Werten an Erbacher und Rathenau mit den Helfershelfern getan haben. Den Deutschnationalen ist jetzt schon so der Kamm geschwollen, daß sie Strafantrag gestellt haben gegen die Abgeordneten, die am Tage des Rathenau-Mordes den Norddeutschen Helfershelfer mit Verwünschungen empfangen haben. Es ist bezeichnend, daß an der Deutschnationalen Provinzpresse jetzt ein Vorstoß verbreitet wird, daß den halbtägigen gewalttätigen Tod Eberts prophezeit.

Abg. Henke (Unabh.): Das Gesetz bedeutet trotz aller Mängel einen gewaltigen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand. Das werde durch den erbitterten Widerstand der Deutschnationalen und Bayerns bekämpft. Jetzt müsse durch eine geschlossene Front des Proletariats die Durchführung des Schutzes gesichert werden. Die Arbeitergemeinschaft der sozialdemokratischen Parteien diene diesem Zweck und den Kommunisten werde es nicht gelingen, die Einheitsfront des Proletariats zu zerschlagen. Der Schutz der Republik sei notwendig nicht nur gegen die Deutschnationalen, sondern auch gegen die anladerten Republikaner der Volkspartei, wie Professor Stahl. Der Geist, der die Würde geleitet habe, war Geist der beiden Parteien der Rechten. Solange die Deutschnationalen Leute bei sich behalten, wie Wulle und Bazille, sind sie verantwortlich für die Nordtaten. Bei der Deutschen Volkspartei findet man genau dieselbe deutschvölkische Hebe. Schon der drohende Zusammenstoß der beiden sozialdemokratischen Parteien hat die Feinde des Proletariats enger zusammengedrängt. Wir werden in den nächsten Monaten mit Krämpfen die Durchführung des Schutzes überwinden und wir werden die Arbeiterkraft zum Kampf aufrufen, wenn es gegen die Arbeiterkraft mißbraucht wird. (Beifalliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bazille (Dnat.): Der Abg. Reil hat hier als württembergischer Arbeitsminister gesprochen, der gegenwärtig die Ehre hat, mein Vorgesetzter zu sein. (Rufe links: Schöne Ehre! — große Heiterkeit.) Er hat Auszüge aus meinen Personalakten vorgelesen. — Herr Minister Reil, Sie waren nicht berechtigt, das Amtsgeheimnis zu verletzen. (Stürmische Gelächter links und Rufe: Das ist die Verleumdung!) Außerdem sind die gegen mich erhobenen Anklagen unwar. Die Lebensmittel aus Belgien habe ich in Belgien gekauft. (Gelächter links und Rufe: Schieber!) Nach Beobachtung meiner Tätigkeit in Belgien waren für die belgische Zivilverwaltung noch immer einige Aufgaben zu erledigen und dafür habe ich die Hälfte eines Monatsgehalts, nämlich 500 Mark erhalten, die mir später als rechtmäßige Zuwendung ausbezahlt wurden. (Hört, hört! rechts.) Wenn ich für eine im Auto eines Bekannten zurückgelassene Feder die Eisenbahnfahrkosten 2. Klasse laudieren habe, so war das berechtigt, denn ich mußte doch dem Chauffeur Trinkgeld zahlen. (Stürmische Gelächter bei der Mehrheit, ironisches Händeklatschen links.) Das Ministerium des Innern hat entschieden, daß meine Auffassung richtig ist. (Stürmische Hört, hört! rechts, Gelächter links, Abg. Höllein: Es lebe die Schieber!)

Abg. Reil (Soz.): Es geht sehr, daß Abg. Bazille von der württembergischen Verwaltung Gehalt verlangt und erhalten hat unter Verschweigung der Tatsache, daß er gleichzeitig von der belgischen Zivilverwaltung befolgt wurde, daß er auch der belgischen Zivilverwaltung den Empfang des württembergischen Gehalts verschwiegen hat. (Hört, hört! links.) Es trifft nicht zu, daß ich meine Kenntnis dieser Tatsachen aus gestohlenen oder Gehelmaten geschöpft hätte. (Lauter Widerspruch rechts, laute Zwischenrufe der Abg. v. Gräfe und Dr. Weder, D. Vp.) In dieser Stelle bin ich meinem Rechenschaft über die Quellen meiner Wissenschaft schuldig. (Lärm rechts, Vizepräsident Dr. Bell erhebt um Rufe.) Die Hauptsache ist, daß Herr Bazille die Minderheit meiner Angaben nicht bestritten kann. (Sehr wahr, links.) Sobald alle Einzelfälle geklärt sind, wird das Disziplinarverfahren eingeleitet. (Lärm rechts.) Es ist ein Gebot der politischen Reinsicht und der Rotwehr, solchen Moralhelden die Waage vom Gesetz zu reihen und sie zu entlarven als moralisch verkommen politische Brunnengrüfter. (Beifall links — Wutrufe rechts.)

Abg. Fehrenbach (Zentr.) beantragt, dieser unerträglichen Debatte ein Ende zu machen, wenn Abg. Bazille noch einmal geantwortet habe. Der Reichstag sei nicht das Forum zur Entschöpfung dieser persönlichen Angelegenheiten. (Zustimmung.)

Abg. Bazille (Dnat.) erklärt, daß er mit Rücksicht auf das angehängte Disziplinarverfahren auf weitere Äußerungen zu dieser Angelegenheit verzichte.

Die Abstimmungen ergeben in allen Fällen die Annahme der von den Regierungsparteien gestellten Vorschläge mit einer Mehrheit, die aus den beiden sozialdemokratischen Fraktionen, dem Zentrum und den Demokraten besteht. Für die Beschlüsse in zweiter Lesung stimmt auch die Deutsche Volkspartei. In der namentlichen Schlußabstimmung wird das Gesetz mit 303 gegen 102 Stimmen bei

4 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen stimmen neben den Deutschnationalen, den Kommunisten und den beiden bayerischen Fraktionen noch einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei, darunter Abg. Schöb, Abg. Stinnes lecht, Ernährungsminister Hehr nimmt im Gegensatz zum Bauernbund, dem er anahört, mit „Ja“. Präsident Loeb stellt fest, daß die verfassungsmäßige erforderliche zwei Drittel-Mehrheit für das Gesetz erreicht ist. (Beifall.)

Die Einbringung des Unterförmungsausschusses für die gegen die Reichswehr erhobenen Anklagen wird mit der verfassungsmäßigen notwendigen Mehrheit beschlossen. Das Amnestiegesetz wird ohne Aussprache in dritter Beratung angenommen. Das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik wird mit einigen Änderungen in der namentlichen Schlußabstimmung mit der nach der Verfassung notwendigen zwei Drittel-Mehrheit angenommen. Dafür werden 275, dagegen 127 Stimmen abgegeben, bei einer Stimmenthaltung.

Reichskriminalpolizeigesetz.

Abg. Simon-Franken (Unabh.) verweist zur Begründung der Notwendigkeit des Gesetzes auf einen Bericht des „Berliner Tageblattes“, wonach die beiden Mordanschläge vor ihrer Entdeckung schon Fälschungen hatten mit Münzenergeßern, die sie mit falschen Fälschungen über die scheidende Grenze schaffen wollten. (Hört, hört bei den Soz.)

Abg. Damm (Dem.): Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß eine durch nichts bewiesene Fälschung zur politischen Brunnengröftung benutzt wird. (Beifall rechts, Unruhe bei den Soz.)

Das Reichskriminalpolizeigesetz wird dann mit großer Mehrheit angenommen.

Zur dritten Beratung der Vorlage über die Bewilligung von 75 Millionen

zum Schutze der Republik erklärt Abg. Eider (Komm.), die jetzt beschlossene Vorlage zum Schutze der Republik seien im Gegensatz zu den ersten Regierungsvorstellungen nicht zu Kampfinstrumenten gegen rechts geworden, sondern die revolutionäre Arbeiterkraft werde dadurch bedroht.

Die Vorlage wird hierauf ohne weitere Aussprache mit großer Mehrheit angenommen.

Der ersten Beratung eines Antrags der Mittelparteien auf Verrückung des Strafgesetzbuches (Maßnahmen gegen Sprengung von Versammlungen), der nachträglich eingebracht wurde, widersprechen die Kommunisten.

Präsident Loeb schlägt vor, auf die Tagesordnung einer neuen Sitzung diesen Antrag zu legen. Auch das wird durch einen genügend unterstützten Einspruch der Kommunisten unmöglich gemacht.

Präsident Loeb schließt die Sitzung um 1/2 Uhr und beraumt eine neue Sitzung auf 1/2 Uhr an.

Zweite Sitzung um 1/2 Uhr.

Dem Vorschlag des Präsidenten Loeb, den Gesetzentwurf gegen Versammlungssprengung auf die Tagesordnung zu legen, wird von den Kommunisten widersprochen. Der Präsident schlägt vor, diesen Antrag auf die Tagesordnung einer nach 5 Minuten stattfindenden neuen Sitzung zu legen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt dazu, seine Fraktion sei zwar gegen den Antrag, werde aber nicht Einspruch dagegen erheben, daß er auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Abg. Roenen (Komm.) sieht in der Haltung der Sozialdemokraten eine Verfolgung vor der bürgerlichen Mehrheit und erhebt Einspruch dagegen, daß der Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird. Der kommunistische Einspruch wird nicht ausdrücklich unterstützt.

Um 6 Uhr 30 Minuten beraumt Präsident Loeb die nächste Sitzung auf 6 Uhr 25 Minuten an.

Dritte Sitzung um 6/25 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der von Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei, Zentrum und Demokraten gestellte Antrag, dem Strafgesetzbuch folgenden § 107 einzufügen:

„Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkannt werden kann, wird bestraft, wer nichtverbundene Versammlungen, Aufsätze oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Verbrechen mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt.“

Es ist Überweisung des Antrags an den Reichsausschuß beantragt.

Abg. Roenen (Komm.): Das von den Unabhängigen mit den Bürgerlichen geschlossene laute Kampfbündnis wird dadurch befestigt, daß der Bremer Senat neben die Unabhängigen Bremer Arbeiterzeitung verboten hat. (Hört, hört! links, Beifall rechts.) Der Redner bekämpft den Antrag mit der Begründung, er sei überflüssig, er könne leicht zur Transförmierung der Arbeiterparteien mißbraucht werden.

Abg. Dr. Levi (Unabh.) sieht in dem Verbot der Bremer Arbeiterzeitung ein bewährtes Verbrechen der bremischen Beamten gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und gegen den Willen der Regierung. Diese Beamten, die so farrköpfige Unpauen sind, müßten mit der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft werden. (Unruhe rechts. Präsident Loeb ruft den Abg. Dr. Levi wegen des letzten Ausdrucks zur Ordnung.)

Der Bremische Gesandte Dr. Rebellan sucht das Verbot zu rechtfertigen. Die Bremer sozialistische Presse habe der Wahrheit zuwider, dem bremischen Senat vorzuerworfen, er habe die Verordnung des Reichspräsidenten. Der Bremer Senatspräsident habe beunruhigende Erklärungen abgegeben. Darüber habe die Bremer Arbeiterzeitung in der Weise berichtet, daß sie sagte: Und mit solchen irreführenden, um nicht zu sagen, betrügerischen Berichten, wagt man der Bürgerkraft zu kommen. Das ist doch eine Verächtlichmachung einer republikanischen Regierung, die ein solches Verbot rechtfertigen würde. (Proteste und Gelächter links.) Ich lege gegen die Verleumdung der bremischen Beamten Verwahrung ein. (Beifalliger Beifall rechts.)

Abg. Roenen (Komm.) zieht aus dieser Erklärung den Schluß, daß das republikanische Schutzbündnis zur Transförmierung der Republikaner benutzt wird, wenn nicht die Arbeiterkraft den reaktionären Beamten energisch zu Leibe geht.

Abg. Henke (Komm.) wendet sich gegen die Erklärung des Bremer Gesandten. Der Bremer Senat gehöre zu den reaktionären Körperchaften Deutschlands.

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialisten dem Reichsausschuß überwiesen.

Ohne Aussprache wird in allen drei Lesungen das Gesetz angenommen, das die Diktien der Abgeordneten auf 10 000 Mark monatlich erhöht.

Nach Erledigung von Petitionen nimmt Abg. Stresemann (D. Vp.) das Wort, um unter allseitiger Zustimmung des Hauses dem Reichstagspräsidenten Loeb den Dank auszusprechen für die ausgezeichnete Leitung

der Verhandlungen, einer Aufgabe, der er sich mit Takt, Energie und Humor unterzogen habe.
Präsident Koebke dankt für die Anerkennung und schließt um 18 Uhr die Tagung mit dem Wunsch, daß künftige ruhigere Zeiten für Reich und Reichstag kommen mögen. Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, den Reichstag einzuberufen, wenn es die politische Lage verlangt, spätestens jedoch am 17. Oktober 1922.

Die Reparationsfrage.

In der der Reparationskommission am 11. Juli in Paris übergebenen, von uns gestern erwähnten deutschen Note über ein Moratorium für die bis 1924 fälligen Reparationszahlungen war angekündigt worden, daß wegen der übrigen Barzahlungen aus dem Friedensvertrag, für deren Regelung nicht die Reparationskommission, sondern die beteiligten alliierten Regierungen selbst zuständig sind, an die Regierungen eine weitere Note gerichtet werden wird. Diese Note ist Ende der vorigen Woche in London, Paris, Rom und Brüssel übergeben worden. Dem Vorkämpfer der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan in Berlin ist gleichzeitig eine Abschrift dieser Note übergeben worden. In dieser Note wird auf den an die Reparationskommission gerichteten Moratoriums-antrag Bezug genommen, und für die Zeit bis Ende des Jahres 1924 beantragt, daß die monatlichen Raten, die zur Zeit zwei Millionen Pfund betragen, auf eine halbe Million Pfund herabgesetzt werden, und daß Barzahlungen aus Abschnitt 4 des Teiles X, insbesondere auf § 297 des Vertrages von Versailles in dieser Zeit nicht zu leisten sind.

Abreise des Garantiefomitees.

Das Garantiefomitee ist nach einer Schlußsitzung, die unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers mit den Vertretern der deutschen Regierung stattfand, gestern Abend nach Paris zurückgekehrt.

Poincaré Zusammenreffen mit Lloyd George.

Nach einer Werbung der „Agence Laval“ hat Poincaré die britische Regierung dahin verständigt, daß er nicht in der Lage sei, das Datum anzugeben, wann er mit Lloyd George in London zusammenzutreffen könne, bevor er Kenntnis von dem Bericht des Garantiefomitees genommen habe, der eventuell eine Grundlage für die geplanten Besprechungen über die Reparationen abgeben könnte. Die dem britischen Geschäftsträger in Paris übermittelte Note schließt daher, so heißt es in der Laval-Meldung weiter, keineswegs die Möglichkeit eines Zusammenreffens der beiden Staatsmänner aus, das übrigens in Paris wie auch in London wünschenswert erscheint. Der französische Ministerpräsident behalte sich nur vor, den Augenblick auszuwählen, den er für den günstigsten hält.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt, daß sich die Reparationsfrage etwas verhärtet habe. Es scheint, daß Lloyd George nach den Beratungen der letzten Tage sich gegen den Bericht auf die England von Frankreich geschuldeten Summen ausgesprochen habe, bis Frankreich vernünftig geworden sei. Ohne Kompensationen aber werde Frankreich unerschwinglich bleiben. Wenn jede Regierung auf eine großzügige Geste der anderen warte, dann müsse man notwendigerweise zu etwas kommen, was schlimmer sei als Stillstand. Der Besuch Poincarés in London scheint in Frage gestellt zu sein. In der Reparationskommission ständen sich offenbar zwei Parteien gegenüber. Die englische sei für ein Moratorium, während die französische eine absichtliche Nichterfüllung Deutschlands mit all ihren Schlußfolgerungen festzusetzen wünsche.

Strasbourg Vorschläge.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, Sir John Bradburn habe ihn ermächtigt, zu erklären, es sei nicht richtig, daß er der Reparationskommission Vorschläge bezüglich der Behandlung des deutschen Erbes für eine Ausdehnung des Moratoriums gemacht habe. Evidenterweise ist richtig, daß er annehme, es werde der Fall eintreten, daß die Frage durch Mehrheitsbeschluß erledigt werde. Der britische Delegierte sei der Auffassung, daß der Bericht des Garantiefomitees sorgfältig abgelesen werden müsse. So weit er die Lage überblicken könne, erlaube ihm die Gewährung eines Moratoriums mindestens bezüglich der Barzahlungen im Jahre 1922 unvernünftig. Da aber seines Erachtens die gegenwärtige sehr ernste Lage im hohen Grade die Folge des Scheiterns der von ihm bezüglich des Garantiefomitees empfohlenen Politik sei, sei er der Ansicht, daß die Initiative bei dem Vorschlag der notwendigen Abhilfemaßnahmen den französischen Delegierten in der Reparationskommission überlassen werden sollte. Bevor er also einen Entschluß bezüglich des einschlägigen Antrages fasse, warte er die Vorschläge ab, die sein französischer Kollege zweifellos nach Empfang des Berichtes des Garantiefomitees machen werde.

Der Internationale Anleiheauschuss.

„Newport Herald“ gibt folgende Äußerung wieder, die ein Mitglied der Reparationskommission getan habe. Alles deutet auf den Wiederzusammentritt des Internationalen Anleiheauschusses als die Lösung der Zukunft Deutschlands hin, selbst wenn das Moratorium gewährt werde. Morgen und die anderen Geldgeber würde es wahrscheinlich mehr befriedigen, wenn die Kontrolle, wie die Franzosen sie vorschlagen, und andere finanzielle Sanktionen beseitigt werden würden. Wenn eine Anleihe über die ganze Welt verteilt würde, so würde das einen allgemeinen Druck bedeuten, der Deutschland veranlassen würde, zu zahlen. Dieser Umstand werde sich vielleicht als der entscheidende Faktor bei der Befriedigung der französischen Einwände erweisen.

Die Reparationsabgabe in England.

Im Unterhause wies Oberkellner Murray darauf hin, daß in England die Erhebung einer Reparationsabgabe für deutsche Einfuhrwaren vom britischen Parlament genehmigt worden sei, daß aber in den alliierten Ländern eine derartige Maßnahme nicht beschlossen worden sei. Wenn ein französischer, belgischer oder italienischer Kaufmann Waren aus Deutschland bestelle und nach England weiterführe, so werde keine Reparationsabgabe erhoben, während die britischen Kaufleute, die direkt von Deutschland importieren, diese Abgabe bezahlen müßten. Der Abgeordnete fragte den Premierminister, ob diesem unhaltbaren Zustand auf gesetzgeberischem Wege ein Ende gemacht werden würde. Ein Vertreter des Schatzamtes erwiderte, es liege kein Grund vor, die gegenwärtigen Bestimmungen der Reparationsabgabe abzuändern. Es seien dadurch in etwa mehr als einem Jahre über fünf Millionen Pfund Sterling bei dem britischen Schatzamt eingegangen. Wedgwood Benn fragte, ob diese fünf Millionen Pfund nicht vielmehr von den britischen Importeuren als von der deutschen Regierung bezahlt worden seien. Darauf erfolgte keine Antwort.

Die Kohlenlieferungsfrage.

In einem Artikel der „Adlonischen Zeitung“ über Kohlennot und Kohlenpreis heißt es: daß die Verbände, die, wie das Blatt hört, es abgelehnt haben sollen, englische Kohlen anstelle der rückständigen Wiederherstellungs-Kohle anzunehmen und sich auch den Vorstellungen der deutschen Note über die Schwierigkeiten der deutschen Kohlenversorgung gegenüber durchaus

ablehnend verhalten. Wenn überhaupt mit einer Änderung der deutschen Kohlenlieferungen gerechnet werden könnte, was noch fraglich sei, so werde es sich um so geringfügige Zugeständnisse handeln, daß sie an unserer schwierigen Lage kaum etwas ändern könnten. Insbesondere verharren die Verbände auf der vorzugsweisen Lieferung von Koks und Koksrohle mit ihren tief einschneidenden Auswirkungen auf die gesamte deutsche Industrie.

Calonder beim Reichskanzler.

Beim Reichskanzler fand gestern Abend zu Ehren des Präsidenten Calonder und der übrigen Mitglieder der Gemischten Kommission für Oberschlesien ein Abendessen statt, an dem auch der Reichspräsident teilnahm. Anwesend waren ferner Mitglieder des Reichs und des preussischen Kabinetts und zahlreiche Beamte der Reichsregierung. Der Reichspräsident wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß Calonder als Vorsitzender der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien eine hohe Auszeichnung seiner Pflichten annehme und durch seine gerechte und stets verlässende Haltung das Zustandekommen der Verständigung wesentlich erleichtert habe. Deutschland habe aus Oberschlesien ein reiches, blühendes Kulturland gemacht, zahllose Tüden verbänden, Fabrik, Industrie und Landwirtschaft miteinander und hätten das Land zu einem wirtschaftlichen Ganzen gemacht; das harte Schicksal, das unter Volk getroffen habe, habe eine Aenderung dieses Zustandes bestimmt; durch Entscheidung der alliierten Mächte sei die Grenze mitten durch die oberschlesischen Lande gezogen. Deutschland sei entschlossen, alles zu tun, um Oberschlesien, soweit es noch zu Deutschland gehöre, weiter zu entwickeln und ihm nach langer schmerzlicher Zeit Ruhe, Frieden und Ordnung wiederzugeben; es hoffe, daß aus Polen dem reichen oberschlesischen Land, das wir ihm blutenden Herzens abtreten müßten, in gleicher Weise Fürsorge angedeiht werden wird. Das Vertrauen des deutschen Volkes und der deutschen Regierung begleite den Reichspräsidenten Calonder bei seiner großen und schweren Aufgabe. Präsident Calonder dankte für die freundliche Aufnahme, die er in Berlin gefunden habe, und für das ihm durch die Worte des Reichspräsidenten ausgesprochene Vertrauen. Er drückte die Zuversicht aus, daß es seiner und der Kommission Arbeit gelingen werde, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, die Gegenstände in dem schmer geprüften Oberschlesien auszugleichen und dem Lande Frieden, Ruhe und Ordnung wiederzugeben.

Die Reichspräsidentenwahl.

Der Reichspräsident hat wiederholt gebeten, die Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, sobald rechtliche und tatsächliche Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. Nachdem nunmehr der deutschverbietende Teil Oberschlesiens abgegrenzt und geräumt ist, erwachte der Reichspräsident den Reichskanzler erneut um Anberaumung der Wahl durch den Reichstag. Der Reichskanzler besprach die Frage mit den Parteiführern eingehend. Diese waren einmütig der Auffassung, daß es unzweckmäßig sei, den Wahltag noch vor dem Ausmarsch der Reichsarmee festzusetzen. Dagegen soll die Befehlshaberfassung des Reichstages hierüber sobald nach seinem Zusammentritt im Oktober vorgenommen werden, jedoch die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar stattfinden wird.

Das Wiesbadener Abkommen.

Von zutändiger Stelle wird mitgeteilt: Das Wiesbadener Hauptabkommen vom 6. 10. 21 und das Kuppel-Güterabkommen vom 15. 3. und 3. 6. 22 werden nach einem Uebereinkommen der deutschen und der französischen Regierung vom 20. 7. d. Z. zur Anwendung gelangen. Von diesem Tage ab gilt deshalb für die Reparationsleistungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie Verkehr nach Maßgabe des Gunge-Bemerkens-Abkommens vom 2. 6. 22. Ausgenommen vom freien Verkehr sind gewisse in einer besonderen Liste aufgeführte Waren, für die das Verfahren des Wiesbadener Abkommens gelten wird. Mit Durchführung des letzteren ist der Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten beauftragt worden. Zur Ausführung des freien Verkehrs mit Frankreich und des Wiesbadener Abkommens sind zwei Bekanntmachungen erlassen worden, die im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Das Aktionskomitee für die befreiten Gebiete

hat gestern in einer Tagesordnung erklärt, daß die gegenwärtige Regierung, nachdem eine Verzögerung von einem Jahre stattgefunden habe, das Wiesbadener Abkommen in die Praxis umsetzen zu wollen scheine. Das Komitee habe deshalb beschlossen, Poincaré in einer Audienz darüber aufzuklären, daß die Weisungen für eine rationale Verwendung von deutschem Material und Spezialarbeiten seien, daß sie aber mit ungeheurer Mehrheit den Plan Petroqueus ablehnten, auf Grund dessen die deutschen Arbeiter unter Ausschluß der befreiten Gebiete für öffentliche Arbeiten in Frankreich verwendet werden sollen.

Das Werk der Einigung.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, die SPD. und die USPD. veröffentlichten einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie eine Darstellung der Vorgänge geben, die zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen geführt hätten und ihre Haltung zur Frage der Auflösung des Reichstages rechtfertigen. Die Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Erschwerung der dringenden Lösungen der Reparationsfrage, sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verstärkt, den Sturz der Mark beschleunigt, die Preissteigerung gefördert und so die Arbeiterklasse besonders geschädigt. Der Aufruf schließt: Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen, er dauert fort. Das Werk der Einigung ist begonnen, es muß vollendet werden.

Der Völkerverbundrat.

Der am Montag in London zusammentrat, hat unter dem Vorsitz des spanischen Botschafters in Paris Duñones de Leon seine Beratungen aufgenommen. Infolge der verspäteten Ankunft Fishers, der anstelle Balfours England vertritt, erfolgte die Eröffnung erst spät nachmittags. In der ziemlich kurzen Sitzung wurden größtenteils formelle Fragen erledigt. Der Bericht des Beratenden Ausschusses für Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels wurde mit allen Empfehlungen des Ausschusses angenommen. Es wurde beschlossen, die Regierungen von Deutschland und Amerika aufzufordern, Delegierte in den Beratenden Ausschuss zu senden. Bibiani fragte, aus welchem Grunde der Vorschlag der Beteiligung eines deutschen Vertreters gemacht worden sei. Der Vorsitzende des Beratenden Ausschusses legte dar, daß viele Frauen von deutschen und holländischen Häften lämen, und daß Holland deshalb die Zuzahlung eines deutschen Vertreters vorgeschlagen habe. Die Verhandlungen waren größtenteils nicht öffentlich. Die Öffentlichkeit wurde erst herangezogen, als die Frage der Uebertagung gewisser Fonds für soziale Zwecke

rungen von der deutschen auf die polnische Regierung vorgebracht wurde.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung, die nicht öffentlich war, stand die Mandatsfrage. Zunächst sollte über die Mandate B (afrikanische Gebiete) und darauf über die Mandate A (darunter Palästina und Syrien) verhandelt werden.

Von der Haager Konferenz.

Wie schon mitgeteilt, hat der Präsident der Konferenz Dr. Vatn vorgestern Abend die russische Delegation zu einer Sitzung für Dienstag mit der Kommission für die Privatigentümer eingeladen und zwar um es neue oder sehr bestimmte Vorschläge der russischen Delegation entgegenzunehmen. Der Brief, der nicht in wohlwollendem Sinn gehalten war, hat auf die Russen keinen guten Eindruck gemacht. Es war schon in der vorletzten Nacht sehr fraglich, ob die Russen unter diesen Umständen bereit sein würden, der Einladung Folge zu leisten. Als nun gestern vormittag die Kommission für die Privatigentümer zur Sitzung zusammengetreten war, stellte es sich heraus, daß die Russen nicht erschienen waren. Der Präsident Koebke hat dann den Generalsekretär beauftragt, sich telefonisch mit der russischen Delegation in Verbindung zu setzen und Aufklärung zu verlangen. Seitens der russischen Delegation wurde geantwortet, daß gerade ein Brief unterwegs sei. Nach Eintreffen des Briefes wurde dieser vom Präsidenten Vatn verlesen. Er enthielt die Mitteilung, daß die russische Delegation nicht bereit sei, nur mit der Kommission für die Privatigentümer zusammenzutreten, umso mehr, als man von vornherein von der russischen Abordnung eine Erklärung bestimmter Art verlange, während den anderen Parteien überhaupt keine Verpflichtungen auferlegt seien. Die Delegation sei nach dem Haag gekommen, um auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verhandeln und der Präsident der russischen Delegation müsse es daher ablehnen, daß die eine der anderen Partei vorher Bedingungen auferlege. Wenn es nicht möglich sei, eine Sitzung der vier Präsidenten abzuhalten, um eine gemeinsame Grundlage für weitere Verhandlungen zu finden, dann bleibe der russischen Delegation nichts anderes übrig, als um eine vollständige Versammlung der Konferenz zu suchen, um die Grundlagen für neue Verhandlungen zu beraten. Die russische Delegation sei der Ueberzeugung, daß diese Grundlage zu finden sei. Nach dem Verlesen des Briefes fand eine lebhaft diskutierte Sitzung statt. Der Präsident bemerkte, daß das, was in dem Briefe verlangt werde, in einer allgemeinen Versammlung der drei Kommissionen verhandelt werden könne. Der französische Delegierte wollte von weiteren Verhandlungen nichts wissen. Er wurde hierbei von dem holländischen Delegierten unterstützt. Die große Mehrheit der Kommission hat aber beschlossen, bereits für gestern Abend die Kommissionen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzubekommen.

Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, ist Sofosnikoff, der am Sonntag zu einer Besprechung mit Schichterin nach Berlin gefahren war, mit einem Flugzeug nach Moskau weitergereist, um neue Instruktionen einzuholen. Er wird für morgen im Haag zurück erwartet.

Wo sitzen die Militaristen?

Die Leichtgläubigen, die die Versicherungen der Entente, daß der Weltkrieg gegen den Militarismus geführt worden sei, ernst nahmen, sind längst graulich enttäuscht worden. Der Militarismus ist nicht verschwunden, sondern er ist nur von den Gegnern Deutschlands übernommen und in noch viel aggressiverer Weise ausgebaut worden. Der Unterschied besteht nämlich darin, daß Deutschland vor dem Kriege einem bis auf die Zähne bewaffneten Europa, das längst seine Demütigung beschlossen hatte, ohne gesicherte Grenzen gegenüberstand, während die heutigen militaristischen Staaten mit einem entwaffneten, wehrlos gemachten Deutschland zu rechnen haben. Um so charakteristischer ist die Tatsache, daß unter allen Staaten gerade die Nachbarn dieses wehrlosen Deutschen Reiches am eifrigsten rüsten. Am höchsten sind gegenwärtig die Rüstungsausgaben nämlich in Belgien, wo sie 28,5 (achtundzwanzig, fünf) Prozent der Gesamtausgaben betragen, in Polen, wo sie 25,8 (fünfundzwanzig, acht), in der Tschechoslowakei, wo sie 17,9 (siebzehn, neun) und in Frankreich, wo sie 17,8 (siebzehn, acht) Prozent der Gesamtausgaben betragen. Die zuerst genannten Staaten sind aber befallentlich die Bundesgenossen, die sich Frankreich zur Eintreibung und Niederhaltung Deutschlands erworben hat und deren Militarismus es teilweise mitbezahlt. Dagegen verwendet Deutschland, dem seine französischen Gegner noch immer militaristische Bestimmung nachsagen, nur 1,8 (eins, acht) Prozent seiner Ausgaben für Militärzwecke. Diese Zahlen zeigen besser als alle langen Abhandlungen, wo heute der Militarismus seinen Sitz hat. Sie beweisen aber auch, wie unbedeutend die französische Behauptung ist, daß Frankreich ohne die übermäßigen Reparationszahlungen, die man von Deutschland zu erpressen sucht, finanziell zusammenbrechen müßte, denn würden die Franzosen die 4,4 (vier, vier) Milliarden Franken die sie jährlich für militärische Zwecke ausgeben, größtenteils sparen und ihre belgischen, polnischen und tschechischen Bundesgenossen zu der gleichen Maßnahme veranlassen, so würde mehr erspart werden können, als die ganzen deutschen Reparationszahlungen im günstigsten Falle betragen. Die sogenannte Wiedergutmachung dient also im Grunde genommen nicht zum Wiederaufbau Frankreichs, sondern zur Aufrechterhaltung des militaristischen Erbes der Franzosen.

Bermischtes.

Schwere Unwetter in Polen. Infolge Unwetters in Polen ist, wie das Danziger Telegrafenanzeige mitteilt, der größte Teil der Fernpredigten mit Woi, Bromberg, Warschau, Thorn, Graudenz und Konty gestört.

Unfall eines Autoomnibus. Wie aus Casablanca gemeldet wird, stieß auf der Straße von Rahat nach Casablanca ein großer Autoomnibus auf der Rückseite über den Ueb Mellah beim Bremsen gegen die Brüstung, so daß die Insassen in den Fluß geschleudert wurden. Dabei wurden sieben Personen getötet und elf verletzt.

Ausbreitung der Cholera in Romno. Im Auswanderungslager von Romno wütet noch immer die Cholera. Die Bemühungen, die Seuche zu bekämpfen, haben noch nicht zu einem endgültigen Erfolge geführt. In diesen Tagen sind wieder sechs neue Erkrankungen festgestellt worden. Da die meisten Brunnen Choleraerregern enthalten, sind sie durch eine besondere Kommission geschlossen worden.

Amerikanische Zeppeline. Die Vereinigten Staaten erbauen ein Luftschiff, das das größte der Welt sein soll. Die Londoner Blätter melden, in Kavitan Ceylon von der Zeppelin-Gesellschaft, einer der bekanntesten Luftschiffahrer während des Krieges, mit der Oberaufsicht über den Bau des Zeppelins betraut worden. Eine Kommission von Sachverständigen ist außerdem erwählt, um das neue Luftschiff in allen Einzelheiten zu prüfen, damit jene Mängel vermieden werden, die zu der Katastrophe des englischen Luftschiffes „R 38“ führten. Ein zweites großes Luftschiff soll für Amerika von der Deutschen Zeppelin-Gesellschaft gebaut werden.